

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelheftpreis die 6 gepfalt. Colonelhefte für Arbeitsgehilfe 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schiffleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Ehrennamen.

„Hast du dir einmal die Namen: gut, bescheiden, wahrhaft, beständig, gleichmäßig, hochherzig erworben, so habe acht, daß du nie die entgegengeetzten Bezeichnungen verdienst, und solltest du diese Namen je verlieren, so eigne sie dir ungeschämt wieder an. Bedenke, daß das Wort „Klug“ bedeutet, alles sorgfältig und genau zu prüfen, „gleichmütig“, willig das anzunehmen, was dir von der Gottheit zugeteilt wird, „edelmütig“ bedeutet die Erhebung deines denkenden Teiles über jede leise oder unsanfte Erregung des Fleisches, sowie über den nichtigen Ruhm, den Lob und alles andere der Art. Wenn du dich nun im Besitz jener Ehrennamen behauptest, ohne danach zu verlangen, daß andere dich nach ihnen benennen, so wirst du ein ganz anderer Mensch werden und ein ganz anderes Leben begreifen. Arbeite dich also in den Kreis jener wenigen Namen ein und wenn du dich in ihrem Besitze behaupten kannst, so bleibe hier, als wärest du gleichsam auf die Inseln der Seligen versetzt.“  
Markl Karel.

### Der Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes

Für das Jahr 1911 bietet wieder eine reiche Fülle wichtigen Materials zur gewerkschaftlichen Theorie und Praxis. Einleitend weist der Bericht darauf hin, daß das öffentliche Interesse im Jahre 1911 zum großen Teile von den Vorbereitungen für die Reichstagswahlen in Anspruch genommen wurde. Erfahrungsgemäß bleibe die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von Strömungen dieser Art nicht unberührt. Deren Einwirkungen hätten vielmehr die in der Entwicklung befindliche grundsätzliche Klärung innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung dem Abschluß nahe gebracht. „Der Kampf um das Gewerkschaftsprinzip, namentlich um die Wahrung der gewerkschaftlichen Selbständigkeit gegenüber parteipolitischen Einflüssen — ein Kampf, der in der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr seinen sichtbarsten Niederschlag fand und der dieser Bewegung seine historische Bedeutung aufprägt — hebt das Jahr 1911 aus seinen Vorgängern besonders hervor. Auf diesem Gebiete erwachsen den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften die hauptsächlichsten Aufgaben. Es kann nicht gerade behauptet werden, daß ihnen die Durchführung dieser Aufgaben besonders leicht gemacht worden wäre. Manche Gegner derselben im sozialdemokratischen Lager besaßen sich erst dann auf die eigentliche Selbstverständlichkeit, daß auch bei scharfen Kämpfen bestimmte Schranken eingehalten werden müssen, als ihnen das Gericht klar machte, daß die leitenden Personen der christlichen Gewerkschaften nicht als völlig vogelfrei anzusehen sind.“

In der Verteidigung der Selbständigkeit der gewerkschaftlichen gegenüber der politischen Bewegung ist indes den christlichen Gewerkschaften in den Tatsachen selbst die wirksamste Rechtfertigung zuteil geworden. Nach der sozialpolitischen Seite liegt der Beweis in der von Regie n auf dem Dresdener Kongress der sozialistischen Gewerkschaften (Juni 1911) ausgestoßenen Klage:

„Man möchte zu der Ueberzeugung kommen, daß die Staatsverwaltung erst die Wünsche der organisierten Arbeiterschaft hört, um dann in den Gesetzgebungsvorschlägen das Gegenteil von dem zu bringen, was die Arbeiter gewünscht und gefordert haben.“

Die christlichen Gewerkschaften haben immer wieder auf die ursächlichen Zusammenhänge dieser bedauerlichen Erscheinung hingewiesen: Die enge Verbindung der „freien“ Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei belastet die Gewerkschaften mit den Folgen, welche die Negativpolitik der Sozialdemokratie in dem Gegenwartsstaat heraufbeschwört. Nach der unmittelbar gewerkschaftlichen Seite dagegen reden die Vorgänge eine deutliche Sprache, die sich um die bekannte „Massen- und Führer“-Frage gruppieren. Es handelt sich bei dieser Frage um das Bestreben der radikalen sozialdemokratischen Parteipresse, der sozialdemokratischen Masse einen inneren Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern zu suggerieren, die zu sehr verpießert und verbureaufkratziert sein sollen, um das gesunde, revolutionäre Empfinden der Massen zu verstehen. Diesen, nicht den Gewerkschaftsführern, komme daher die Souveränität zu. Aus Rücksicht auf die bevorstehende Wahl konnte im Berichtsjahre der Schleier über diese Gegenfälle gezogen werden. Dagegen hat die Revolutionsromantik, wie vorauszu sehen war, in dem Ergebnis der Reichstagswahl neue Nahrung gefunden. Und es ist die beste Rechtfertigung für die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften, wenn sich der „Grundstein“ (Nr. 11, 1912) mit folgender Begründung gegen die revolutionäre Propaganda wendet:

„Wir können schon darum nicht dazu schweigen, weil unsere Organisationen, unsere Gewerkschaften die Folgen einer solchen Aufspaltung der Gewässer und Verwirrung der Geister zu tragen haben. Das ganze, der Wirk-

lichkeit abgewandte Wesen dieser Propaganda, wovon die Lugenburgischen Reden und Artikel nur den Gipfel darstellen, ist der Grund, auf dem die Schwierigkeiten wachsen, ohne die heute kaum noch eine Lohnbewegung größeren Stils durchgeführt werden kann. Soweit dies letztere Uebel — die inneren Kämpfe in den Gewerkschaften bei den Lohnbewegungen — eine psychologische Wurzel hat, ist diese Propaganda deren Nährboden. Und darum erheben wir Protest dagegen.“

Klarer, wie es hier geschieht, können die Zusammenhänge nicht geschilbert werden, so daß dem nichts hinzuzufügen ist. Die Begleiterscheinungen des sogenannten Scherrenkonflikts im Berichtsjahre belegten praktisch die Gefährdung der vornehmsten gewerkschaftlichen Errungenschaften durch die Vorkantung nicht unmittelbar gewerkschaftlicher Beweggründe. Dieser Konflikt gipfelte in der Unterordnung der mit Zustimmung der Gewerkschaft zustande gekommenen Tarifgesetze unter eine rein gefühlsmäßig aufgefaßte allgemeine Solidarität. War es schon auffallend, daß ein Teil der Gewerkschaft mit der ältesten Tariftradition, des Buchdruckerverbandes, bei dieser Belastungsprobe total versagte, so noch mehr, daß angesehenere freie Gewerkschaftsorgane den Tarifbruch lebhaft verteidigten.

Die „Dolzarbeiterzeitung“ (Nr. 29/1911) tat das unter ausdrücklichem Hinweis auf die Notwendigkeit, auf „die kaum gewonnenen Freunde des Tarifvertrages in unsern Gewerkschaften Rücksicht zu nehmen“, von denen sonst ernste Schwierigkeiten zu befürchten seien. „... wichtiger als alle Beratung auf Text und Kommentar des Tarifes erscheint uns bei unserer Stellungnahme das proletarische Empfinden.“ (Nr. 35/1911.)

Diese Auffassung nötigte dem Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes das Geständnis ab:

Es fehlt nicht nur bei der Masse, das tiefere Eindringen in das Wesen des Tarifvertrages und die Erkenntnis, daß die vollkommener dieser Vertrag ausgebaut ist, desto gewisserhafter seine Innehaltung erfolgen muß.“

Gegen die hier vertretene Auffassung vom Wesen des Tarifvertrages versteht sich nun aber nichts mehr als das Verhalten des Buchdruckerverbandes selbst, der nach Kräften bestrebt ist, dem von der Allgemeinheit der Prinzipale zur Allgemeinheit der Gehilfen abgeschlossenen Buchdruckerarif seinen Monopolcharakter zu erhalten. In die im September 1911 stattgehabte Tarifrevision trat der Buchdruckerverband mit dem ausgesprochenen Bestreben ein, dem Gutenbergbund auch fernerhin jede Einflußnahme auf die Entwicklung und Handhabung des Tarifvertrages im Buchdruckgewerbe zu verwehren. Nur mit Hilfe eines Teiles der Prinzipalvertreter gelang es schließlich, dem Gutenbergbund, dessen Tarifstreue außer Zweifel steht, im Tarifausschuß wenigstens eine beratende Stimme zu sichern. Der Bericht erinnert dann kurz an die unseren Lesern bekannten Vorgänge, die den Gesamtverband nötigten, die Zusammenhänge vor der breitesten Öffentlichkeit aufzudecken.

Die Hervorkehrung allgemeiner Gesichtspunkte in der Gewerkschaftsbewegung, mit der die Gewerkschaftsbewegung ihre Forderung auf das Interesse des ganzen Volkes an der Arbeiterorganisation begründet, ist, wo sie tatsächlich erfolgt, von eminent erzieherischer Wirkung in staatsbürgerlichem Sinne. Unter diesem Gesichtspunkte wird die Gewerkschaftsbewegung heute kaum irgendwo angemessen gewertet. Und doch hat auch das Jahr 1911 wiederum eine bemerkenswerte Gelegenheit, an der Haltung der christlichen Gewerkschaften ihre staatsbürgerlich-erzieherische Wirkung zu erproben — an ihrer Haltung nämlich zur Gestaltung und Verabschiedung der Reichsversicherungssordnung. Wiewohl mit Fehlern mancherlei Art belastet, ragt dieses Gesetzgebungswerk doch als Ganzes über die sozialpolitische Gesetzgebung anderer Länder weit hinaus. Durch nichts konnte dies treffender illustriert werden als durch die Tatsache, daß selbst diejenigen Parteien außer der Sozialdemokratie, die eine positive Mitarbeit mehr oder minder verweigert hatten, die Verantwortung, das Gesetz abzulehnen, nicht auf sich zu nehmen sich getrauten. Die Verteidigung aber und der Löwenanteil an der Ausgestaltung des Gesetzgebungswerkes, das immer wieder unter der leidenschaftlichen Kritik des Radikalismus zusammenzubrechen drohte, blieben in der Hauptsache den christlichen Arbeiterführern überlassen. Dabei waren dieser Ausgestaltung, da sie wegen des Verfassens der Rinken des Reichstags notgedrungen mit der Rechten erfolgen mußte, die denkbar engsten Grenzen gezogen, so daß Vorbeeren auf dem Gebiete der Popularität wahrhaftig nicht zu holen waren. Die christliche Arbeiterschaft aber enttäuschte die von den Führern in ihre staatsbürgerliche Schulung gesetzten Erwartungen nicht, sondern bewies, daß der zum Verständnis für das Kompromiß erzogene Gewerkschaftler auch den staats- und allgemeinspolitischen Notwendigkeiten mit Verständnis gegenübersteht. Wäre unser öffentliches Leben weniger durch Kleinliches Parteigezänke zerrissen, so daß großen Gesichtspunkten ihr Recht werden

könnte, so müßte selbst der dem eigentlichen Gewerkschaftsleben uninteressiert Gegenüberstehende wenigstens diese positive Seite unserer Bewegung, mag sie auch sonst nicht seine besondere Sympathie finden, wertschätzen.

Wie sehr eine Wirksamkeit in diesem Sinne geeignet ist, gegenüber der beängstigenden Flut des Radikalismus einen Damm errichten zu helfen, hat im Berichtsjahre die Wirkung der von den christlichen Gewerkschaften mit unternommenen Aktion des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses gegen die sozialdemokratische Propaganda zugunsten politischer Massenstreiks in der Marokko-Streitfrage ergeben: Die Notwendigkeit der Geschlossenheit der deutschen Nation in der damaligen kritischen Lage gerade unter dem Gesichtswinkel der Arbeiterinteressen kann nicht besser umschrieben werden als mit folgenden Sätzen des Sozialisten Hildebrand („Sozialistische Auslandspolitik“ S. 58), die eigens zur Stellungnahme zum Marokko-Streit geschrieben sind:

„Solange die Existenz der deutschen Arbeiter von der Ausdehnung der deutschen Geschäftsbeziehungen abhängt, reicht es nicht aus, wenn man nur den Kampf um den Anteil am Arbeitsertrag führt. Der Ertrag und die Arbeit selbst müssen gesichert werden, und darum müssen alle Versuche, die deutsche Volkswirtschaft einzuschnüren, auch von der deutschen Arbeiterklasse bekämpft, alle notwendigen Maßnahmen, die deutsche Volkswirtschaft auszudehnen, auch von der deutschen Arbeiterklasse unterstützt werden.“

Genau dieselbe Begründung hat die christlich-nationale Arbeiterschaft ihrer Aktion gegeben. Und weil die deutsche Arbeiterschaft allgemein solchen Erwägungen zugänglich ist, änderte die Sozialdemokratie unmittelbar nach Erscheinen des Aufrufs des Deutschen Arbeiterkongresses ihre Taktik: in Deutschland ließ man (auf dem Jenaer Parteitag) die Massenstreikheer fallen; innerhalb der sozialistischen Internationale dagegen ging, unter tatkräftiger Mithilfe derselben deutschen Sozialistenführer, die in Jena „dämpften“, die Anti-Marokko-Kampagne in schroffster Form weiter.

Dieses Vorkommnis ist hier in der Hauptsache deswegen nochmals Erwähnung geschieden, weil seine Begleiterscheinungen überaus typisch sind für die heutige Situation in der deutschen Arbeiterbewegung, weil in ihnen aber auch der Hinweis liegt für das, was nottut! Die Aenderung der sozialdemokratischen Taktik erfolgte nicht zuletzt aus der Erwägung heraus, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft gegenüber den allgemeinen Gesichtspunkten, wenn sie ihr in geeigneter Weise zugänglich gemacht worden wären, größtenteils die radikale Politik abgelehnt hätte. Die Volkstimmung hätte auch sie mitgerissen. Die Masse unseres Volkes, und mit ihr die Arbeiterschaft, ist eben durchaus nicht für eine vernünftig begründete positive Arbeit verloren, wenn nur der jahrelang systematisch verbreitete Radikalismus, der einstweilen gewissermaßen die Oberfläche in ihrer Denkfähigkeit beherrscht, beiseite geschoben werden kann. Der Sozialist Hildebrand kennzeichnet geradezu die Wirkung des rein historisch-ökonomisch begründeten, also des revolutionären, negativ und destruktiv gerichteten Sozialismus auf die allein von ihm geschulte Massenschicht der bewußten Klassenkampfsozialisten dahin,

„daß er das Gefühl der sittlichen Verpflichtung auch im Arbeitsprozeß, auch im Kampf mit dem Gegner, auch im Familienleben abstumpft, soweit nicht ... andere Quellen sittlicher Orientierung sprudeln ...“

Solche Quellen sprudeln aber glücklicherweise im deutschen Volke noch allenthalben; nur muß der Zugang zu ihnen gefunden werden. Das kann aber nur geschehen, wenn den Anhängern der Sozialdemokratie das von dieser bewußt und planmäßig genährte Mißtrauen gegen die sachliche Aufklärung über die tatsächlichen Zusammenhänge unseres Volks- und Wirtschaftslebens genommen wird. Dieses Mißtrauen überwindet nur das in persönlicher Auseinandersetzung gesprochene offene und überzeugte Wort des eigenen Berufsgenossen, wenn es geflüßt wird durch gute Gründe und eine entsprechende persönliche Haltung. Dann schwindet allmählich die Verärgerung; langsam ringt sich die Freude durch an den gewaltigen Errungenschaften deutschen Fleißes und deutscher Beharrlichkeit; der Wille regt sich, mitzuschaffen, und damit ist auch das Verständnis geweckt für die gegebenen und neu erwachsenden Notwendigkeiten des gesamten Volkslebens. Hier liegt die historische Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung, die ihr von niemand abgenommen werden kann. Hier sind aber auch ihre Aussichten für eine wirksame Beeinflussung der gesamten kulturellen Entwicklung begründet, die letztere von der Bahn des zerkleinernden Radikalismus abzudrängen und mit positiv wirkenden Elementen zu durchsetzen geeignet ist. Von diesem Standpunkte ausgehend, wird die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht aufhören, die weitestgehende Beachtung des ganzen Volkes zu verlangen.

Wesentlich ist aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisation Rechnung trägt, sondern die Organisationsfrage auch in einer Weise löst, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden brauchen. Darauf ist der Nachdruck zu legen. Denn in diesem Lichte betrachtet springt sofort die Unhaltbarkeit des Systems der gelben Organisation in die Augen, die von dem Arbeiter den Verzicht auf Selbständigkeit seiner Organisation, auf Selbstgefühl und Selbstachtung verlangen. Wer sich darum klar darstellt, daß in letztern Eigenschaften die unentbehrlichen Elemente der Arbeitsfreudigkeit und der aktiven Teilnahme am Produktionsfortschritt gegeben sind, wird niemals die Hand zu „gelben“ Experimenten bieten.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

Im verflossenen Jahre war die Lage der Elektrizitätsindustrie Gegenstand der Verhandlung im Reichstag. Die Veranlassung hierzu gaben Monopoltendenzen in der genannten Industrie, die den freien Wettbewerb ausschalten drohten — besonders stark schienen die Installationsbetriebe gefährdet; die Verträge mit den großen Aktiengesellschaften enthielten für den anderen Vertragsteil immer die Verpflichtung, auch sämtliche Installationsarbeiten von ihnen anfertigen zu lassen. Die Verhandlungen hatten den einen Erfolg, daß sich die Defizitlosigkeit für die Lage der erwähnten Industrie stark zu interessieren begann.

Bekanntlich bestehen oder bestanden bis vor kurzem drei große selbständige Konzerne in der Elektrizitätsindustrie: der Siemens-Schuckertkonzern, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Bergmann-Werke. Wenn ich sage selbständig, so ist dabei recht wohl zu beachten, daß die genannten Firmen zur Erreichung gemeinsamer Zwecke schon öfters sich zusammenfanden. Von den drei Konzernen hat die Bergmann-Aktiengesellschaft bei weitem das kleinste Aktienkapital. Es betrug 1906/07 14 Mill. M., 1908 16,61 und 1909 21 Mill. M. 1910 wurde es auf 29 Mill. M. erhöht. Das Aktienkapital der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert betrug 1910/11 allein 60 Mill. M. und das der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft 1910/11 130 Mill. M. Die Bergmann-Werke, die 1893 mit einem Aktienkapital von einer Million Mark gegründet wurden, haben einen außerordentlich raschen Aufschwung genommen.

Es wurde an dieser Stelle schon oft die Bedeutung hervorgehoben, welche unsere Großbanken auf die Entwicklung unserer Industrie haben. Wenn es den Bergmann-Werken gelungen ist, ihre bedeutende Stellung auf dem Markte aufzunehmen, so haben sie das in erster Linie der kapitalkräftigen Unterstützung der deutschen Bank zu danken. Die war es, die immer wieder neuen Kredit gewährte, solange bis das tatsächliche Aktienkapital in keinem Verhältnis mehr zu den aufgenommenen Schulden stand. Obgleich nun der Geschäftsgang keineswegs so wünschen übrig ließ, konnte es auf die Dauer nicht so weiter gehen. Der ungesunde Zustand mußte beseitigt und die Gesellschaft im inneren gestärkt werden, das um so mehr, als die vorgenommenen Abschreibungen nicht genügend waren. Es spielten hier eben auch andere Interessen mit, als die starke Fundierung des Unternehmens. Die Dividendenpolitik der Gesellschaft war keine einwandfreie. Die Dividende war im Verhältnis zu den Abschreibungen viel zu hoch. Jahrelang betrug der Dividendsatz 18%, bis er 1910 auf 12% sank und 1911 auf 5%! Diese Schwankungen hatten natürlich einen gewaltigen Kursrückgang der Aktien zur Folge, die ursprünglich auf 300%, heute auf 180% stehen.

Die feste und rasche Ausdehnung des Betriebs forderte im letzten Jahr kategorisch die Zuführung neuen Kapitals in Höhe von ca. 20 Mill. M. Wie diese beschaffen? Eine Erhöhung des Aktienkapitals schien zu einer Zeit stinkenden Durstes und aus mancherlei andern Gründen nicht ratsam. Den Kapitalbedarf durch neue Schulden aufzunehmen, scheiterte an dem Widerstand der leitenden Bank, die eine Sanierung krefte. Zum Verständnis der angestrebten Sanierung ist es nötig zu bemerken, daß die deutsche Bank auch in engen Beziehungen zu dem Siemens-Schuckertkonzern steht. Ein Bankkonsortium unter Führung der deutschen Bank und unter Beteiligung der Diskontogesellschaft, des A. Schaaffhausenschen

Bankvereins und der allgemeinen deutschen Kreditbank, verpflichteten sich, für 1 1/2 Mill. M. neu herauszugebende Aktien aufzunehmen, wenn den Siemens-Schuckertwerken für 8 1/2 Mill. Mark Aktien überlassen werden. Damit ist die finanzielle — und wäre es auch nur mit dem Einfluß der Deutschen Bank — eine Kontrolle über die Bergmann-Werke gegeben. Der Effekt dieser Umwandlung ist, und darüber können keine Kommentare hinwegzuführen, der Verlust der Selbständigkeit eines der drei in der Elektrizitätsindustrie maßgebenden Werke. Die Monopolbildung ist dadurch ein bedeutendes Stück vorwärts gekommen, besonders wenn man bedenkt, daß zwischen den beiden nun noch selbständigen Gesellschaften — der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und dem Siemens-Schuckertkonzern — mancher Beziehungen bestehen. Wenn auch an eine engere Verschmelzung der beiden Gruppen in der nächsten Zeit nicht zu denken ist, so wird doch der Weg der Spezialabmachungen häufiger benutzt werden, um die beiden Teile unangenehme Konkurrenz auszuschließen. Daß wir unter solchen Verhältnissen von einem tatsächlichen Monopol nicht mehr weit entfernt sind, ist klar. Es erhebt sich nun eine Frage von prinzipieller Bedeutung. — Kann der Staat hier ruhig zusehen oder ist es nicht vielmehr seine Pflicht, den Auswüchsen eines privaten, volkswirtschaftlich immer unerwünschten Monopols entgegenzutreten? Wie das möglich wäre, soll hier nicht weiter erörtert werden — die Beantwortung dieser prinzipiellen Frage findet in einer Artikelserie über das Kartellwesen statt.

Das deutsche Wirtschaftsleben ist bei einem Punkte angelangt, wo jede Ueberlegung abhanden zu kommen scheint. Noch jede Hochkonjunktur hat die gleiche Erscheinung mit ihren verderblichen Folgen gebracht — und die diesmalige wird keine Ausnahme machen. Es wird gewirtschaftet, wie wenn der Markt unbegrenzt aufnahmefähig wäre. An der Börse herrscht — ein lebhafter Ausdruck der Volkswirtschaft überhaupt — der größte Optimismus; die Kurse schnellen auf allgemein günstige Nachrichten aus der Industrie in eine solche Höhe, daß von einem Zusammenhang zwischen Dividende einer Aktie und ihrem Kurswert kaum mehr die Rede sein kann. Den unbestimmtesten Gerüchten wird Glauben geschenkt, und sie werden zum Mittel gewaltiger und durchaus ungesunder Kursstrebereien. In diesem Taumel geht alles, was nicht von Optimismus trieft, fast spurlos vorüber! Der Untergang der Titanic wird wohl besprochen, kann aber der Hausfestimmung kaum Abtrag tun, der italienisch-türkische Krieg ist eine Erscheinung geworden, an die man sich gewöhnt und mit der man sich abgefunden hat. Nur verübergend vermochte die Flottenaktion der Italiener zu verstimmeln, soweit sie die Hausflüter, die mit einer Verteuerung des Getreides rechnen, nicht freute und ihren Zwecken dienlich war. Es denkt kein Mensch daran, daß einmal ein Rückschlag kommen muß, der Pessimismus den Optimismus verdrängt und dann Tausende und Abertausende verloren gehen, ungezählte Existenzen ruiniert werden.

Unser Wirtschaftsleben ist allerdings darnach angetan, den verderblichen, nur der Gegenwart fröhlichen Optimismus zu stärken. Die Verkehrseinahmen der deutschen Eisenbahnen sind auch im März gewaltig gestiegen. Die aus dem Güterverkehr betragen 185 Mill. Mark gegen 171 im Februar, und aus dem Personenverkehr 69,5 Millionen gegen 66! Die Lage unserer Industrie hat in der letzten Rundschau eine eingehende Würdigung erfahren, es hat sich an ihr kaum etwas geändert, und wenn ja, so höchstens zum Besseren. Der Kartellierung des Walzröhrenmarktes, von deren Beginn wir ja schon früher berichtet haben, werden sehr günstige Auspizien gestellt. Interessant ist die Mitteilung, daß die Mannesmannröhrenwerke sich außer an die Wittener Stahlröhrenwerke und die Walze Tellerling Akt.-Ges. auch an andere Firmen gewendet hätten, um eine Interessengemeinschaft mit ihnen zu gründen, ihr Liebeswerben aber keine Erhöhung gefunden habe. Die Stabeisenpreise, die ja bekanntlich wie alle B-Produkte im freien Verkehr und nicht durch den Stahlwerksverband gebildet werden, haben eine weitere nicht unbeträchtliche Erhöhung erfahren. Dagegen sind die Preise für Grobbleche gestiegen, auch Kesselbleche und besonders Vanbeisen weisen starke Erhöhungen auf.

Wenn auf unserm heimischen Markt so vorzügliche Stimmung herrscht, so ist das nicht zuletzt den stimulierenden Nachrichten aus dem Auslande zuzuschreiben. Der Eisenmarkt in Belgien ist in stetem Aufschwung begriffen, die Preise für Stabeisen haben auch hier stark angezogen; auch in Frankreich ist eine starke Aufwärtsbewegung zu beobachten. Die besten Nachrichten, die wieder in ungetrübtstem Optimismus strahlen, kommen aber aus Amerika. Die Aufträge des

Stahlwerks haben sich stark vermehrt. Wenn ihr Umfang auch noch nicht an die Jahre der früheren Hochkonjunktur heranreicht, so weisen sie doch gegen die entsprechenden Zeit des Vorjahres eine gewaltige Steigerung auf. So betrug nur ein Beispiel anzuführen, der Auftragsbestand im März dieses Jahres 5,3 Millionen To., im März 1911 dagegen 3,4 Mill. To. Wir haben also fast ein Mehr von 2 Mill. To. Von den höchsten des Stahlwerks sind nach dem Iron Age 90% angeblasen, ein hoher Satz. Die ganze Produktion wird natürlich stark beeinflusst durch die Bestellungen der Eisenbahnen, die in diesem Jahre mit ganz anderen Aufträgen hervortreten, als im letzten. Die Roheisenpreise haben ebenso wie die der anderen Produkte unter diesen Umständen stark angezogen. Von der Deunruhigung des Marktes durch das Vorgehen gegen die Trusts merkt man kaum mehr etwas — die maßgebenden Kreise haben sich wohl überzeugt, daß nichts so heiß gegessen wie gelobt wird.

### Drei Jahre Bundesratsverordnung für die Grobblechenindustrie.

#### Ueberarbeit.

Das ausgedehnte Ueberstundenwesen ist ein der wundesten Kapitel in der Schwerindustrie. Ununterbrochene Arbeitszeiten von 24, 36, ja bis zu 48 Stunden waren gar nichts seltenes. Diesem Unwesen sollte durch die Bundesratsverordnung gesteuert werden. Sie bestimmt deshalb, daß jeder Arbeiter, der Ueberarbeit geleistet hat, in ein Verzeichnis anzutragen ist. Diese Ueberarbeitsverzeichnisse werden durch die Gewerbeaufsichtsbeamten regelmäßig kontrolliert. Außerdem schreibt die Bundesratsverordnung vor, daß jeder Arbeiter vor dem Beginn der neuen Arbeitsschicht eine achtstündige Ruhepause gehabt haben soll. Wenn bei Erlass der Bundesratsverordnung durch die Uebernahme der Ueberarbeit erwartet wurde, so ist die Hoffnung durch die Ermittlungen der Gewerbeaufsicht zerstört worden. Wie schon in der letzten Nummer hervorgehoben, stieg die Zahl der Arbeiter in der preussischen Grobblechenindustrie 1911 gegen 1910 um 4,39 Prozent. Dagegen ging die Zahl der Ueberarbeitenden um 11% und die Zahl der Ueberstunden um 11,34% in die Höhe.

Zu regelmäßiger Ueberarbeit werden immer größere Arbeiterkreise herangezogen. Ueberarbeit haben regelmäßig leisten müssen 1909: 73 336, 1910: 87 895 und 1911: 97 936 oder 40,1%, 44,2% und 47,2% der Gesamtbelegschaft. Die Zahl der Ueberarbeitenden stieg also im Jahre 1910 gegen 1909 um fast 20 vom Hundert, und 1911 war gegen 1910 eine weitere Steigerung um 11,5% zu verzeichnen. Im Jahre 1909 (acht Monate) betrug die Zahl der wirklich geleisteten Ueberstunden 7,5 Millionen Stunden, auf das Jahr umgerechnet würden es 11,3 Millionen sein; 1910 wurden dagegen 19 Millionen und 1911 gar 21,2 Millionen Ueberstunden geleistet. Die Steigerung beträgt im letzten Jahre 2,16 Millionen Stunden oder 11,34%.

Betrachtet man die Zahl der Ueberstunden, die durchschnittlich auf einen Ueberarbeitenden entfallen, so zeigt sich auch hier eine Zunahme; sie stieg von 216 im Jahre 1910 auf 217 im Jahre 1911.

In der nachfolgenden Tabelle geben wir eine Zusammenstellung für Preußen insgesamt und die vier Hauptbezirke an.

Bezirk	Jahr	Zahl der Arbeiter die durchschnittl. Ueberarbeit geleistet haben		Zahl der wirklich geleisteten Ueberstunden	
		insgesamt	Vom 100 der Gesamtbelegschaft	insgesamt	Durchschnittlich von jedem Arbeiter (Spalte 3)
1	2	3	4	5	6
Stettin	1909	73 336	40,1	7 526 891	102
	1910	87 895	44,2	19 066 372	216
	1911	97 936	47,2	21 229 873	217
Breslau	1909	22 802	41,1	3 023 809	133
	1910	31 574	49,2	7 497 277	237
	1911	35 551	53,8	8 161 559	230
Düsseldorf	1909	21 601	45,7	2 144 475	99
	1910	24 302	47,8	4 960 049	204
	1911	26 579	49,5	5 695 726	214
Köln	1909	11 472	38,0	1 516 975	132
	1910	12 518	39,3	2 824 175	225
	1911	14 950	45,2	3 256 029	217
Erfurt	1909	7 908	32,5	1 22 817	155
	1910	9 359	36,8	1 957 520	209
	1911	10 235	38,6	2 089 191	204

### Blumepflege durch Kinder.

(Von B. Ebach.)

In Nr. 22 Jahrgang 1910 dieser Zeitung habe ich auf den großen Einfluß hingewiesen, den die sinnige Betrachtung der Blumen und ihre Pflege auf Geminnung und Befestigung der Menschen ausüben. Insbesondere gilt dieses von dem deutschen Volke. Wie die Ehrfurcht vor dem Schatten des Waldes und dem Rauschen seiner Baumkronen, so war auch die Liebe zu den Blumen von jeher eine Eigenart der Deutschen. Und sie ist ihnen geblieben. Wie könnte es bei dem tiefstintigen Gemütsleben unseres Volkes auch anders sein? In der germanischen Mythologie sind die Lebensschicksale des Einzelnen wie ganzer Stämme mit der Pflanzen- und Blumenwelt innig verbunden; zahlreiche Sagen und Legenden erzählen uns von der Entstehung einzelner Blumen und ihrer Beziehungen zum Menschenleben. Selbst in unserer modernen Zeit sehnt sich so mancher gemüthvolle Städter nach der erquickenden Sommerfrische, weil er dort auf kurze Zeit dem Gemüthe der Blumen in der freien Gottesnatur sich hingeben kann. Namentlich die Kinder mit ihrem reinen unverdorbenen Sinn haben ihre größte Freude an den Blumen. Und wo wäre wohl ein anmutigeres Bild zu finden, als blumenliebende Kinder in Feld, Wiese und Wald!

Die Freude an den Blumen und die Liebe zu ihnen ist den Kindern angeboren; zur liebevollen Betrachtung und Pflege derselben aber müssen sie angeleitet und erzogen werden. Darum führen wir sie in der besseren Jahreszeit recht oft hinaus, zeigen ihnen die Schönheiten unserer heimischen Flora, erklären ihnen den wunderbaren Bau einzelner Pflanzen und machen sie mit den Bewohnern derselben aus dem Insektenreiche bekannt. Gewiß ist es auch interessant, recht viele Namen von Pflanzen zu kennen; indessen muß bei ihrer Bestimmung und Klassifizierung ein Verpfänden der Pflanzen nach Möglichkeit vermieden werden. Die Hauptsache ist die Förderung der Liebe und des Verständnisses für die Natur, wie sie aus der Freude an den Blumen, man möchte sagen, ganz von selbst sich ergeben.

Diese sinnige Naturbetrachtung findet ihre treffliche Fortsetzung in der Pflege von Topfblumen durch Kinder. Was von der Betrachtung der Blumen im Freien gilt, nämlich, daß sie nicht ohne günstigen Einfluß auf die Bildung des kindlichen Geistes und Gemüths bleibt, das gilt vielleicht in noch höherem Maße von der häuslichen Pflege der Blumen. Wenn der Direktor des Palmengartens zu Frankfurt a. M. einst auf die Frage, ob bei starkem Besuche die Anlagen nicht sehr unter der Berührung durch das Publikum zu leiden hätten, die Antwort geben konnte, daß über Berührung und Beschädigung kaum zu klagen und ein besonderer Schutz nicht nötig sei, der beste Schutz der Anlagen liegt vielmehr in deren erhöhter Schönheit, so dürfen wir wohl die Behauptung gelten lassen, daß Kinder, die zu Hause der Topfblumepflege mit Liebe sich hingeben, an der Beschädigung oder Berührung der Pflanzen in öffentlichen oder Privatanlagen sich gar nicht oder doch nur in Ausnahmefällen beteiligen werden. Sie wissen aus eigener Erfahrung, wie lieb und teuer die Blumen oder Sträucher ihrem Besitzer oder ihrem Pfleger sind, und welcher Mühe und Sorgfalt es oft bedarf, die Lieblinge zu ihrer schönen Entfaltung zu bringen, und so überträgt sich die Liebe zu den eigenen Pflanzlingen naturgemäß auch auf fremde Blumen- und Pflanzen-Anlagen.

Der beständige Umgang mit den Topfgewächsen bietet zudem den Kindern eine nie versiegende Quelle edler Freuden. Ich habe das seit Jahren an meinen eigenen Kindern beobachtet. In jedem Wetter suchen sie sich in der Pflege der ihnen zugewiesenen Lieblinge zu überbieten, legen Spargelartige in Blumenstamen und jungen Geranien und Primeln an, pflanzen Stecklinge und machen alle möglichen Versuche, Blumen aus Wald und Wiese im kleinen Hausgärtchen zum Gedeihen und Blühen zu bringen. Was liegt daran, wenn es nunmal mißlingt; gerät es zum letzten Male, ist die Freude um so größer.

Zum guten Gelingen ist es freilich nötig, daß man die Kinder bei dieser Beschäftigung nicht ganz sich selbst überlasse, sondern überall helfend, helfend und verbeßernd eingreife. Insbesondere müssen die jungen Blumenfreunde bezüglich des

Gießens und Düngens genau unterrichtet werden. Und zwar muß dies in einer Sprache geschehen, die dem kindlichen Auffassungsvermögen entspricht. Es braucht das den Kindern nicht einmal alles gesagt zu werden; vielmehr ist es empfehlenswerter, das Wissenswerte und Notwendige aus dem kleinen Wissensschatze des Kindes heraus durch geschickte Fragen zu entwickeln. Die Kinder wissen schon, daß Regen und Sonnenschein mit einander abwechseln müssen, wenn im Freien die Pflanzen gedeihen sollen. Hier kann angeknüpft werden. Größere Kinder von 10—11 Jahren lernen das zur Blumepflege Nötige in der Schule, auch in der Volksschule. Sie werden auch Belehrungen über Düngung und Standort der verschiedenen Pflanzen leicht erfassen etc.

Bezüglich der Frage, in welchem Alter man Kindern Topfblumen zur Pflege überweisen könne und sollte, bin ich der Ansicht, daß wir schon bei sechs- und siebenjährigen Kindern den Anfang machen können, namentlich bei besonders gewandten Kindern. Selbstverständlich gibt man ihnen nicht gleich wertvolle Pflanzen in Pflege. Und damit kommen wir zu der Frage, welche Topfpflanzenarten wir den Kindern überweisen sollen. Kleinere Kinder, deren Schönheitssinn wir ja erst entwickeln wollen, haben erfahrungsgemäß die meiste Freude an solchen Pflanzen, die einestheils durch reiches und oft sich erneuerndes farbenprächtiges Blütenkleid und andererseits durch eine rasche Entwicklung sich auszeichnen. Sie lohnen die ihnen zuteil gewordene Pflege am meisten, machen durch sichtbaren Erfolg den Pflegern und Pflegerinnen die meiste Freude und geben ihnen zu weiterer sorgsamer Pflege und Wartung immer neuen Antrieb. Also werden wir unseren Neulingen zunächst krautartige Pflanzen zur Pflege übergeben. Sie stellen auch im allgemeinen an Wartung und Pflege die geringsten Anforderungen. Besonders geeignet sind u. a. Geranien, Fuchsen, Begonien und Primeln. Namentlich die Chineserprimel macht den Kindern durch ihren lieblichen und dauernden Blütenkleid große Freude. Ich habe sie vor dem Fenster siebenzehn Monate lang in beständiger Blüte erhalten. Freilich gehen sie dann gegen Ende des zweiten Jahres ein. Junge Chineserprimeln, die für 20—30 Pfg. pro Stück in den meisten Handelsgär-

den drei Jahren des Bestehens der Bundesratsverordnung. Die Tabelle enthält: 1. Die Zahl der Arbeiter, die durchschnittlich überarbeitet gewesen sind, 2. die Zahl der wirklich geleisteten Überstunden, 3. die Zahl der Überstunden, die durchschnittlich auf einen überarbeitenden Arbeiter entfallen.

Gewaltiges Emporklimmen der Überarbeit verzeichnet der Arnberger Berichterstatter, so bei einem Hammerwerk des Wittenberger Inspektionsbezirktes von 12 368 auf 29 467, in den Walzwerkabteilungen eines Gußstahlwerkes des gleichen Bezirktes von 9981 auf 29 375; in einem Walzwerk des Unnaer Inspektionsbezirktes gar von 5487 auf 46 775.

Drei Arbeiter haben im Juni, Juli und August vorigen Jahres, also zurzeit der tropischen Hitze, wo das Thermometer + 40 Grad zeigte, eine geradezu unheimliche Anzahl von Überstunden geleistet. Einer von ihnen machte im Juli allein 93 Überstunden. Im einzelnen verzeichnen die drei Arbeiter folgende Überstunden: Der erste leistete in den drei Monaten 231 Überstunden, davon 88 an Sonntagen, der zweite 221, davon Sonntags 32, der dritte 181, davon Sonntags 74.

Der Berichterstatter des Regierungsbezirktes Silberstein macht eingehende Angaben über die Überarbeit der eigentlichen Feuerarbeiter. Er schreibt über die Untersuchungen:

„Eingehende Untersuchungen über die einzelnen Gruppen der Feuerarbeiter ergeben, daß die größte Anzahl der Überstunden im Martinwerk verrichtet wurde von einem Schladensfahrer mit 42 Stunden, im Thomawerk von einem Schmied mit 191, im alten Walzwerk von einem Woc- und Jangenerarbeiter mit 289, im Walzwerk II von einem Einseher mit 231, im Walzwerk III von einem Einseher mit 175, in der Steinfabrik von einem Heizer am Steinebrennofen mit 312 und in der Mischanlage von einem Mischer mit 65 Stunden.

Die große Zunahme der Überarbeit führt der Düsseldorfener Berichterstatter darauf zurück, daß das verfloßene Jahr „unter dem Zeichen höchster Beanspruchung aller Werke der Schwerindustrie gestanden habe“. Der herrschende Arbeitermangel und die durch den heißen Sommer hervorgerufenen Arbeitererkrankungen hätten gleichfalls zur Steigerung der Überarbeit beigetragen.

Im Bezirk Silberstein wird die Zunahme auf die vermehrte Sonntagsarbeit zurückgeführt. Der Berichterstatter für Oppeln nennt als Grund für die gesteigerte Überarbeit den stillen Geschäftsgang der Oberschlesischen Eisenindustrie.

Der Arnberger Berichterstatter sagt über die Zunahme, daß sie auf die weitere Verringerung der geschäftlichen Lage zurückzuführen sei, ferner auf umfangreiche Neu- und Umbauten, nicht rechtzeitiger Fertigstellung einzelner neuer Betriebsbeite oder Auftreten von Mängeln bei deren Inbetriebnahme und das Bestreben, die dadurch verursachten Ausfälle in der Erzeugung durch Überarbeit einzuholen.

Die Ausdehnung der Überarbeit wird von der Gewerbeaufsicht ebenfalls erfasst. Aus diesen Feststellungen ist ersichtlich, daß die Überarbeit im Einzelfalle sehr oft über vier Stunden hinausgeht. Von je 100 Überarbeitsfällen dauerten nämlich länger als vier Stunden im letzten Jahre 20,8% gegen 22,6% im Jahre 1910 und 23% im Jahre 1909.

kerien zu haben sind, lauft man am besten im September. Sie gewöhnen sich dann an die Kälte und fangen im Oktober an zu blühen. Hat das Kind einmal einige Jahre mit Fleiß und Liebe der Blumenpflege sich gewidmet und sein Verständnis sich entwickelt, so überlassen wir ihm auch Blattpflanzen, wie Araceen, Dracaenen, Palmen, Eponimus u. dergl. Die Pflege derselben ist ebenso leicht wie diejenige der krautartigen Pflanzen.

Von den Palmen verdient die Fiederpalme (Rhönig reclinata) in erster Linie hervorgehoben zu werden. Hat diese herrliche Pflanze sich einmal an das Zimmer gewöhnt, so gedeiht sie prächtig, ohne gegen Kälte und niedrigere Temperatur bis zu + 1 Grad empfindlich zu sein.

Nicht minder dankbar erweist sich Clivia. Die mächtigen mennigroten reichblütigen Dolde sind für das kindliche Auge besonders entzückend.

Daß auch in der Blumenpflege Mißerfolge nicht ausbleiben werden, daß manche Pflanze namentlich in der ersten Zeit, unter der noch ungeschulten Kinderhand Schaden nehmen wird, liegt in der Natur der Sache. Nach und nach aber werden mit dem wachsenden Verständnis und der Geschicklichkeit der Kinder blumensüchtig und -fensier immer freundlicher sich gestalten.

arbeitsfälle gegenüber, die über sieben Stunden hinausgehen. Ihre Zahl betrug 12,4 pro Hundert im Jahre 1909, 12,3 im Jahre 1910 und 12,95 im Jahre 1911. Von je 100 Überarbeitsfällen dauerten:

Table with 4 columns: Duration (e.g., Bis zu 1 Stunde), 1911, 1910, 1909. Values range from 26,70 to 12,94.

Zweifelhaft ist, ob alle Überarbeitsfälle von mehr als vierstündiger Dauer wirklich erfasst werden. Im Arnberger Bezirk heißt es darüber:

„Rittermächtig werden sich die Fälle von mehr als sechsstündigen Arbeitszeiten wenigstens insoweit nicht feststellen lassen, als es sich um Sonntagsarbeit handelt. Sind z. B. in das Überarbeitsverzeichnis fünf Stunden Sonntagsarbeit eingetragen, so geht hieraus noch nicht hervor, ob diese Stunden im Anschluß an eine zwölfstündige Nachtschicht verfahren sind oder ob es sich um Überarbeitsstunden eines am Sonntag morgen frisch zur Arbeit gekommenen Arbeiters handelt.“

Hinsichtlich der Verteilung der mehr als vier Stunden dauernden Überarbeit auf die einzelnen Wochentage sagt der Düsseldorfener Berichterstatter:

„Im ganzen kamen in den 12 Berichtsmoaten in den beiden Bezirken Düsseldorf Stadt und Land 115 970 Überarbeitsfälle von mehr als vierstündiger Dauer vor; davon entfielen 84 808 oder 73% auf Sonntage, 22 202 oder 19% auf Samstage oder Vorabende von gesetzlichen Feiertagen und nur 8960 oder 8% auf die übrigen Wochentage.“

Dieser Berichterstatter meint weiter, daß sich eine bedeutende Verminderung der mehr als einstündigen Überarbeit an Wochentagen durch genaue Prüfung aller Einzelfälle und nachdrückliche Verfolgung grober Ueberschreitungen allmählich erzielen lasse.

Von einer Umgehung der achtstündigen Mindestruhezeit wird aus dem Düsseldorfener Bezirk gemeldet, daß, um diese Bestimmung zu umgehen, die Arbeiter nach Beendigung ihrer achtstündigen Nachtschicht sofort zu 3-4stünd. Überarbeit vor ihrer nächsten regelmäßigen Schicht herangezogen und auch noch im Anschluß an die regelmäßige Schicht bis zu vier Stunden länger beschäftigt wurden.

Verschiedentlich wird von den Berichterstattern darauf aufmerksam gemacht, daß auch Werke auf eine Einschränkung der Überstunden hinarbeiteten. So sagt der Arnberger Bericht, in einem Walzwerk seien die Überstunden von 2636 im Jahre 1910 auf 2148 im Jahre 1911 zurückgegangen.

Einige Betriebsleiter im Bezirk Oppeln sollen von dem allgemein üblichen (?) Verfahren, die Überstunden höher zu bezahlen als die sonstigen Arbeitsstunden abgegangen sein; sie hoffen dadurch einen Rückgang der Zahl der Überstunden zu erzielen. Der vielfach anzutreffenden Lebensart, die Arbeiter drängten sich zur Überarbeit und wollten gar keine Verminderung, steht eine Mitteilung aus dem Regierungsbezirk Arnberg diametral gegenüber.

Bestraft wurde im Bezirk Düsseldorf wegen Nichtgewährung der achtstündigen Ruhezeit der Betriebsführer eines Hüttenwerkes mit 20 Mark. Es handelte sich um Überarbeit bei der Reparatur einer Walzenstrafe, nach deren Beendigung zwei Arbeiter die vorgeschriebene Ruhezeit vor Beginn der nächsten Arbeitsschicht nicht erhalten hatten.

Im Aufsichtsbezirk Düsseldorf-Stadt war den Arbeitern in 260 Fällen nicht die gesetzliche Mindestruhezeit gewährt worden.

In einem Blechwalzwerk wurden insgesamt 104 Fälle ermittelt; in einer großen Zahl dieser Fälle hatten Arbeiter drei Schichten hintereinander, also 36 Stunden gearbeitet. Das eingeleitete Strafverfahren führte zur Bestrafung des Betriebsleiters und zweier Vorarbeiter mit je 40 Mark; auf Vorkhaltungen des Gewerbeinspektors wegen der großen Verschönerung der kaufmännische Leiter des Werkes die Grobkeilsbekanntmachung für Schikane, auch wolle er die verhängten Geldstrafen aus der Arbeiterwohlfahrtskasse des Werkes bezahlen und diese Kasse überhaupt eingehen lassen.

Auffallend erscheint nachstehendes Vorkommnis. Beim Gewerbeinspektor in Unna beschwerte sich ein Arbeiter eines Walzwerkes, daß ihm für die Arbeit an Festtagen ein geringerer als der vereinbarte Lohn ausgezahlt sei. Bei einem Vergleich seiner Angaben über die geleistete, nach den Vorschriften nicht zulässige Sonntagsarbeit mit dem eingereichten Überarbeitsverzeichnis ergab sich, daß der Arbeiter in das Verzeichnis überhaupt nicht aufgenommen war. Bei dem nunmehr auf dem Werk vorgenommenen Vergleiche des Überarbeitsverzeichnisses mit den Schichtlisten und der Markentkontrolliste stellte sich weiter heraus, daß nicht nur noch weitere Arbeiter in dem Verzeichnis fehlten, sondern auch vor allem in zahlreichen Fällen nur ein geringer Teil der wirklich geleisteten Überarbeit in das Verzeichnis eingetragen war.

48 Stunden hintereinander gearbeitet hatten. Der zunächst gestellte Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens wegen Urkundenfälschung wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt, weil die Überarbeitsverzeichnisse weder öffentliche Urkunden seien, noch als Privaturkunden zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen dienen, ihre Fälschung mithin keine nach § 267 des Strafgesetzbuches strafbare Handlung sei.

Zur Generalversammlung

In Nummer 16 unseres Verbandsorgans wird von verschiedenen Kollegen das Beitragswesen erörtert, um den delegierten Material zur Generalversammlung zu beschaffen. Auch ich möchte hier einiges zu der Sache sagen. Darüber, ob die Befestigung oder Beibehaltung der Staffeleiträge notwendig ist oder nicht, erlaube ich mir kein Urteil, bevor das erforderliche statistische Material darüber vorliegt.

Ganz richtig erstrebt nun der sozialdemokratische Metallarbeiterverband auf Grund bitterer Erfahrungen einen Kampffonds von 40 M. pro Mitglied an, um die Illusionen der Scharfmacher zu zerstören. Da unsere Kriegskasse jedoch durch Streiks und Ausperrungen verhältnismäßig ebenso stark, wenn nicht gar stärker, in Anspruch genommen wird, so müssen auch wir unsere Hauptkasse auf einen Hochstand bringen, der unseren Gegnern Respekt einflößt.

Kollegen! Verschließen wir unser Ohr doch nicht ganz und gar der Stimme der Vernunft. Im Falle eines Kampfes wollen wir einen sicheren Rückhalt an unserer Verbandskasse haben, ganz gleichgültig, wie lange der Kampf dauert. Da sich alle Gewerkschaftler darüber einig sind, daß uns noch viele und große Kämpfe bevorstehen, so ist es nur unsere Pflicht und Schuldigkeit, dahin zu streben, daß wir unsere Hauptkasse auf die Höhe bringen, damit sie allen Anforderungen gerecht werden kann und wenn der Kampf noch so scharf werden sollte, wenn einige Kollegen der Ansicht sind, daß Mitglieder infolge einer Beitragserhöhung austreten würden, so ist das m. E. kein Grund, deshalb eine als notwendig erkannte Reform zu unterlassen.

Ganz und gar stimme ich dem Kollegen S. M. Essen zu wenn er schreibt, daß bei Kollegen, die erst nach dem 50. Lebensjahre eintreten, keine Steigerung der Unterhaltungsätze mehr eintreten soll. Der Gewerkschaftsgedanke ist nun schon so alt, daß diese Kollegen dem Verband hätten früher beitreten können.

Nun noch einiges über Agitation und Versammlungsbesuch. Unser Hauptaugenmerk richten wir immer auf die Agitation und kann in diesem Punkte selbstverständlich nie zu viel getan werden. Ebenfalls muß aber m. E. auf den Versammlungsbesuch und die Fluktuation der Mitglieder geachtet werden. Was nützt alle Agitation, wenn ebenso viele Mitglieder austreten wie gewonnen werden.

Der Punkt, die gewonnenen Mitglieder zu halten, und zu erziehen, ist meiner Ansicht nach sehr wichtig. Es wäre deshalb nur wünschenswert, wenn auch andere Kollegen ihre Vorschläge zu diesem Punkte machen wollten. J. S. Hensburg.

# Das Kartellwesen in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.

I.

Die Kartellierung der deutschen Industrie hat infolge ihrer noch zu besprechender Ursachen in den letzten 40 Jahren gewaltige Fortschritte in Deutschland gemacht. Nach Diekmann bestanden vor 1876 8, vor 1885 90, vor 1896 260 Kartelle. In den Jahren 1901/02 wurden bereits über 400 Kartelle nachgewiesen, und ihre Zahl hat heute sicher 500 überschritten. Bemerkenswert ist die rasche Kartellbildung gerade in unserer Industrie. Schon 1901 wurden in der Metallindustrie allein 72 Kartelle gezählt.

Die Anschauungen darüber, welche Unternehmensverbände man als Kartelle bezeichnen kann, sind keineswegs durchaus einheitlich. Während die einen schon einen Verband, der sich mit der Regelung der Verkaufsbedingungen befaßt, als ein Kartell ansprechen, setzen andere den Aufgabenkreis eines Kartells viel weiter. Eine in dieser Hinsicht sehr weitgehende Definition — die von Beckerath — besagt: „Unter Kartell verstehen wir einen dauernden auf Verarbeitung oder Vertrieb beruhenden Zusammenschluß selbständig arbeitender, konkurrierender Unternehmer der Industrie oder des Handels mit der Tendenz, durch Beschränkung der Konkurrenz und Marktherrschaftung eine dem Beteiligten vorteilhafte Gestaltung des Warenmarktes zu erzielen.“ Der Hauptzweck des Kartells — ein an und für sich rein privatwirtschaftlicher — besteht in der Erlangung einer gewissen Monopolstellung, denn Beschränkung der Konkurrenz und Marktherrschaftung bedingen diese unbedingt. Die monopolistische Tendenz des Kartells ist denn auch noch kaum — außer vielleicht von den Kartellen selbst — angezweifelt worden. Die Mittel, um sie zu erreichen, sind sehr mannigfaltig und in ihrer Wirksamkeit sehr verschieden. Je nach dieser unterscheiden wir Kartelle höherer und niedriger Ordnung. Die letzteren erstreben die Monopolstellung durch keine Mittel, die die Selbständigkeit des einzelnen Unternehmers kaum beeinträchtigen, die ersteren wenden alles an, was diesem Zwecke dient, wobei der Unternehmer vielfach nur noch der Beauftragte des Kartells ist — sein selbständiges Handeln also auf ein Minimum eingeschränkt wird.

Welche die Art des Kartells bestimmende Mittel im einzelnen angewendet werden sollen und werden können, hängt natürlich nur von wirtschaftlichen Voraussetzungen ab. Bevor wir zu diesen übergehen, wollen wir kurz die Mittel, deren sich die Kartelle zur Erreichung ihres Zweckes bedienen und damit die Arten der Kartelle selbst betrachten. Das „Kontingenterkartell“, die einfachste Form des Kartells, beschränkt sich auf die Regelung der Verkaufsbedingungen — der Kontingente. Sie erstreckt sich natürlich in erster Linie auf die Zahlungsbedingungen. In der Maschinenindustrie werden von den Abnehmern, insbesondere der Montanindustrie, Zahlungsfristen bedungen, die sich auf 12 Monate und noch länger hinaus erstrecken. Eine andere Unsitte besteht darin, daß der Maschinenfabrikant unter Androhung des Verlustes der Kaufkraft genötigt wird, Gegenbestellungen zu machen, die z. T. natürlich ganz unrationell sind. Ein Kontingenterkartell in dieser Industrie könnte für Abhilfe dieser Mißstände sorgen. Das angeführte Beispiel zeigt deutlich, welche Bedeutung ein solches Kartell haben kann. Durch die Mißstände der erwähnten Natur wird der Unternehmer genötigt — wenn anders er nicht sehr kapitalkräftig ist — bei zahlreichen Ausfällen Kredit aufzunehmen, für den er natürlich wieder teureren Zins bezahlen muß. Es ist wohl verständlich, daß manche Unternehmensformen, insbesondere zu Zeiten der Geldknappheit, dadurch dem Ruin entgegengetrieben werden. Die verheerende Konkurrenz der einzelnen Unternehmer läßt die Preise auf ein Niveau sinken, das kaum noch ein rentables Arbeiten ermöglicht. Trotzdem verlangen die Abnehmer in den verschiedensten Industrien auch bei Zahlungsfristen, die weit über das gewöhnliche Maß hinausgehen (90 Tage) noch die Gewährung von Skonten d. i. einen Rabatt, der in reeller Weise nur bei Verzählung gegeben werden kann. Ein Kontingenterkartell mit den entsprechenden Bedingungen kann und muß derartigen Mißständen entgegenzutreten; damit gewinnt es aber einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf gesunde Verhältnisse in der Industrie und unmittelbar auch auf die Preisbildung. Kontingenterkartelle dürfen also nicht, wie es vielfach geschieht, gar zu nieder eingeschätzt werden, wenn auch zugestanden werden muß, daß ihr Tätigkeitsgebiet mit Rücksicht auf den vorerwähnten Zweck der Kartelle überhaupt ein sehr beschränktes ist.

Einen unergleichlich größeren Einfluß auf die Lage einer Industrie haben die sogenannten Preiskartelle. Sie regeln — wie ja schon der Name sagt — den Preis der kartellierten Produkte. Der Stahlwerksverband bestimmt den jeweiligen Preis für Halbzeug u. Die Gesichtspunkte, von denen er sich bei dieser Regelung leiten läßt, sind natürlich solche, die der Industrie ein möglichst rentables Arbeiten gewährleisten. Die Preisbestimmung erfolgt bei den verschiedenen Kartellen auf verschiedene Weise. Die einen setzen einen bestimmten Satz fest, zu dem verkauft werden muß, die anderen bestimmen eine Untergrenze, unter der nicht verkauft werden darf, während dem Preis darüber keine Schranken auferlegt sind. Hat ein Kartell die Preisbestimmung eines Produktes übernommen, so muß damit eine andere Tätigkeit Hand in Hand gehen, wenn anders die festgesetzten Preise auch tatsächlich eingehalten werden sollen — die Kontingentierung. Wir verstehen darunter eine Beschränkung des Angebotes durch eine für jedes Werk bestimmte Grenze des Absatzes oder der Produktion. Welche Bedeutung die Kontingentierung hat, soll ein Beispiel zeigen. In Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, in der eine starke Nachfrage herrscht, werden die vom Kartell festgesetzten Preise ohne Schwierigkeit von den Produzenten eingehalten werden. Sobald aber die Konjunktur flaut, ändert sich das Bild. Der Unternehmer wird — nur um Absatz zu finden — unter diese Preise gehen; der eine wird den anderen unterbieten und damit sind die schönsten Bestimmungen illusorisch gemacht — das Kartell ist tatsächlich gesprungen. Eine Kontingentierung ist also bei einem Preiskartell unbedingt nötig. Praktisch müssen auch für die wieder Zwangsmaßnahmen geschaffen werden, damit das einzelne Unternehmen seinen Anteil nicht überschreitet. Das gebräuchlichste Mittel, um das zu verhindern, ist die Ankerlegung von Abgaben für jede Überschreitung des Quotienten. Sollen diese die beabsichtigte Wirkung haben, so müssen sie so hoch sein, daß der Kleinproduzent durch sie weggenommen wird — der Preis, über das Kontingent zu produzieren, also wegfällt; allerdings können für eine Überschreitung noch andere Momente sprechen, wie wir es bei den schwebenden Verhandlungen über die Erneuerung des Stahlwerksverbandes sehen. Um einen möglichst hohen Anteil zu erlangen, der in unserer Industrie nach dem Verhältnis der Produktionsfähigkeit bestimmt wird, prozessieren die einzelnen Werke über ihr Kontingent und bezahlen

nach die Auflage. In normalen Zeiten fällt dieser Beweggrund aber weg.

Das vollkommenste Kartell ist dasjenige mit eigener wirtschaftlicher Tätigkeit — das sogenannte Absatzkartell. Wenn sein Zustandekommen wegen verschiedener wirtschaftlicher Voraussetzungen auch außerordentlich schwierig — für manche Industrien aber überhaupt nicht erreichbar ist, so haben wir doch auch in Deutschland verschiedene Vertreter dieser Art — genannt seien nur das Kohlenyndikat, der Stahlwerksverband usw. Die Absatzkartelle führen in verschiedener Hinsicht eine weitgehende Beschränkung des ihm angehörenden Unternehmers mit sich. Selbstverständlich ist auch hier die Kontingentierung der Produktion; jedes Unternehmen erhält entsprechend seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Quotenanteil. Eine viel einschneidendere Bedeutung liegt darin, daß der Produzent mit dem Abnehmer — dem Händler oder dem Konsument — nicht mehr in Verbindung kommt. Zwischen beide hat sich das Syndikat als Vermittler eingeschoben. An diese Verkaufsstelle des Kartells liefern sämtliche Kartellangehörige ab, und erst sie knüpft Verhandlungen mit den einzelnen Abnehmern an und verkauft an sie zu einem von ihr festgesetzten Preis. Es ist selbstverständlich, daß die Verkaufsstelle nur die Beauftragte des Kartells ist, wenn sie auch manchmal eine rechtlich von ihr getrennte juristische Person darstellt. (So ist es z. B. beim Kohlenyndikat, dessen Verkaufsstelle das Kohlenkontor ist.)

Das Absatzkartell erreicht am ehesten den vollen Zweck des Kartells, der, wie wir gehört haben, in einer gewissen Monopolstellung gipfelt. Aber nur wenigen Industrien ist es möglich, ein solches zu bilden. Die Schwierigkeiten, welche der Absatzkartellierung im speziellen wie der der Kartellbildung überhaupt entgegenstehen, die verschiedenen Voraussetzungen für ein im Sinne der Kartelle günstiges Wirken sollen in einem zweiten Artikel dargelegt werden.

## Streikbrecher.

Wir berichteten in voriger Nr. u. a., daß der Beamte Sandler vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband beim Welbeter Formstreik gegen Provision Streikarbeit unterzubringen versucht habe. In der Gerichtsverhandlung in Solingen im April 1906 machte Sandler diesem Vorwurf gegenüber geltend, daß es sich nicht um Streikarbeit gehandelt habe und daß er die Bemerkung wegen einer Vergütung nur scherzhaft gemeint habe. Wir tragen das hier ausdrücklich nach, weil wir auch dem Gegner gegenüber objektiv bleiben wollen.

In Embden ließ der sozialdem. Holzarbeiterverband im Jahre 1904 seine Mitglieder Zimmerarbeiten verrichten, obwohl die soziald. organisierten Zimmerer im Streik standen. Der Kampf ging durch die roten Streikbrecher verloren.

Der Berliner Modellstecherstreik Sommer 1905 ging nur dadurch verloren, daß die Mitglieder des roten Holzarbeiterverbandes aus anderen Städten Streikarbeit nach Berlin lieferten, obwohl die Führer davon Kenntnis hatten.

Bei der großen Ausperrung in der Berliner Holzindustrie Frühjahr 1907 hatte der deutsche Holzarbeiterverband nach dem Bericht der roten „Holzarbeiterzeitung“ über tausend Streikbrecher aus eigenen Reihen zu verzeichnen. — Note Erziehungsfrüchte!

Der rote Maurerverband sah beim Berliner Bauarbeiterstreik 1907 über 6000 (sechstaufend) seiner Lieben dem Streikbruch hulldigen. Ueber diesen Kampf veröffentlicht das Organ des roten Stukkateurverbandes in Nr. 34 vom 21. August 1907 eine Statistik, in der es nachweist: Daß beim Stukkateurstreik in Berlin 1903 auf je 100 zu den neuen Bedingungen arbeitende Stukkateure 38 rote Streikbrecher kamen, daß aber beim Bauarbeiterstreik 1907 auf je 100 zu neuen Bedingungen arbeitende sozialdemokratische Maurer 53 Streikbrecher des sozialdemokratischen Maurerverbandes kamen. — Sozialdemokratische Unternehmerkuchgruppen!

Beim Bauarbeiterstreik im Bergischen Land (Welsch-Heilgenhaus) 1909 spielten die roten Zimmerer die Mauseisener. „Die Zimmerleute sagen selbst, daß sie sich wie Streikbrecher vorläßen“, schreibt der rote „Grundstein“ Nr. 44, 1909, und fährt fort: „Die Zimmerleute haben während unseres jetzt schon 11 Wochen dauernden Streiks permanent gearbeitet.“

Nach einer Broschüre der Anarcho-Sozialisten sagte Bauer (vom Brauerverband) auf der Gewerkschaftskonferenz — Februar 1906 in Hamburg folgendes: „In Worms hat sich ein Vertreter des Verbandes der (roten) Handels- und Transportarbeiter zur Verbeisajung von Streikbrechern bereit erklärt; gleiche Fälle haben sich in Mainz und Nürnberg ereignet. — Reinhard (Holzarbeiterverband) rief aus: „Diese Dinge flinken zum Himmel.“ — Rote Streikbruchagenten!

Der Zentralverband der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter stand 1908 in Montabaur im Lohnkampf. Der Zugang Arbeitswilliger war sehr stark. Die Streikleitung stellte fest, daß viele Rotorganisierte darunter waren. Ebenso waren es sozialdemokratische Bauarbeiter, die den streikenden christlichen Manern 1907 in Aachen in den Rücken fielen.

Die anarcho-sozialistische „Einigkeit“ berichtet 1907 von einem roten Streikbruch in Hamburg. Die freie Vereinigung verhängte über eine Abbruchstelle wegen Festhaltens sämtlicher Schutzvorrichtungen und wegen Maßregelung die Sperre. Der rote Verbandsbeamte Hüßmeier bot dem Unternehmer sofort eine Anzahl arbeitswilliger Kollegen an und erklärte, „wegen der Sperre brauche sich der Unternehmer keine grauen Haare wachsen zu lassen“. Die „Einigkeit“ fügt noch hinzu, daß eine bei den Unternehmern gebräuchliche Redensart gegen widerspenstige Elemente lautet: „Wenn Ihr mit Euren Köpfen durchwollt, dann schide ich nach dem Gewerkschaftshaus.“ — Note Streikbrechervermittlung!

Im Jahre 1907 streikten in Höchst die Maler und Weißbinder. Da ging der sozialdemokratische Streikleiter hin und vermittelte Arbeitswillige gegen Provision (50 M. Bauhöhe) und drei Mark pro Kubik des Streikbrechers), hatte auch Erfolg und verhalf den Unternehmern zum Sieg. — Rote Streikbruchagenten!

Im Jahre 1903 streikten in Grätz die christlich organisierten Arbeiter. Der sozialdemokratische Verband zog mit Wissen des Gewerkschafts 33 Verbandsmitglieder aus einer Nachbarschaftsstelle nach Grätz und ließ diese auf den gesperrten Bäumen arbeiten. Dadurch ging der Streik für die christlichen Arbeiter verloren. — Note Streikbruchagenten!

Der „Zimmerer“ berichtet in Nr. 33 1905 über einen vom roten Maurerverband verübten organisierten Streikbruch in Meissen.

Laut „Katholische Volksstimme“ Nr. 31, 1910 konstatierte der Gauleiter des roten Transportarbeiterverbandes in Cottbus, „daß langjährig organisierte Kollegen sich dazu hergeben, Arbeitswillige zu spielen, der Julius S. sei ebenfalls den Kollegen in den Rücken gefallen.“

Ein Malerstreik in Essen im Jahre 1904 mußte deshalb abgebrochen werden, weil sich 70 Streikbrecher gefunden hatten, davon gehörten 62 dem „freien“ Malerverband an. Weiterstreifen war infolgedessen zwecklos.

Der Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter schreibt in Nr. 8, 1908 der „Gewerkschaft“ über den verloren gegangenen Gasarbeiterstreik in Halle: „Der Streikbruch der eigenen Verbandsorganisation hat dieses traurige Schicksal herbeigeführt. Diese gebärdeten sich zuerst recht radikal und stimmten für den Streik, hernach fielen sie den Streikenden in den Rücken und setzten sich in deren bessere Stellen fest.“ — Note Inbasse!

Der soziald. „Kurier“, Organ des Transportarbeiterverbandes (Nr. 25, 1908) erklärte in einer Polemik gegen den roten Brauereiarbeiterverband: „Von unserer Mitteilung, daß der Bezirksleiter der Brauer den Streikbrecher-Lieferanten gemacht hat, haben wir kein Wort zurückzunehmen.“ — Note Streikbrecherlieferanten!

Als im Jahre 1909 die christlichorganisierten Steinarbeiter in Solnhofen-Mörsheim zwecks Abwehr von Verschlechterungen in den Ausstand eintraten, da machten sozialdemokratische Verbände die Mauseisener und Streikbrecher.

Organisierter Streikbruch wird von der „Ameise“ (Nr. 51, 1911), dem Organ des sozialdemokratischen Borgelannarbeiterverbandes, dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband nachgewiesen. Ein Streik in Elmshorn der vom Borgelannarbeiterverband geführt wurde, ging durch Arbeitswillige des „freien“ Fabrikarbeiterverbandes verloren. Die Ansüchtliche des letzteren läßt die „Ameise“ nicht gelten, sondern stellt fest: „... Das ist und bleibt Streikbruch, organisierter Streikbruch, wofür wir von Anfang an die Verantwortung nicht dem einzelnen, sondern der Organisation zugewiesen haben, die diesen Streikbruch organisiert und begünstigt hat.“ — Also nicht das einzelne Mitglied, sondern die Organisationsleitung ist schuldig. — Streikbruchorganisation.

Bei dem Streik auf der Schichauwerft 1912 wurden nach einem Bericht der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung (Nr. 12, 1912) in den ersten fünf Streiktagen zu Streikbrechern: Von 1762 freien Verbändlern 253, von 927 kirchlich-Tumderischen 392, während sich von 260 christlich-Organisierten nur 9 durch den Unfall ihrer Mitarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit verleiten ließen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverbandsbeamte Schulz konnte nicht umhin, dem standhaften Verhalten der christlichen Arbeiter in öffentlicher Versammlung seine Anerkennung auszusprechen.

Großes Aufsehen rief kürzlich noch der sozialdemokratische Streikbruch im roten Volkshaus in Othra hervor. Dort streikten — wie bezeichnet für rote Theorie und Praxis — die Kellner um eine Verbesserung ihrer Lebenslage. „Genossen“, darunter sogar ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, machten die Mauseisener. Und — das ist das allerschönste, — nun kam die sozialdemokratische Parteipresse und suchte diesen Streikbruch zu verteidigen. — Note Doppelmoral!

Damit wollen wir es vorläufig zur Illustration sozialdemokratischer Streikbruchmoral genug sein lassen. Es sind nur vereinzelte Fälle aus dem fast unübersehbaren Material, es sind nur einige Blasen aus dem roten Streikbruchsumpf. Auf Wunsch können wir mit noch mehr dienen. Man ersieht aus den Angeführten, mit welchem Recht die Sozialdemokraten andere Leute als Verräter und Streikbrecher beschimpfen! Diese Verräter und Pharisäer! Wenn sie mit dem Aufstand ihrer ganzen Stimm-Mittel den christlichen Arbeitern immer wieder „Streikbrecher“ und „Verräter“ zuzurufen, machen sie es wie der Kuda sie rufen ihren eigenen Namen.

## Aus der Arbeiterbewegung. Nörgler „Spartacus“.

Und wiederum nörgelt „Spartacus“ im Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Er nörgelt, 's ist halt seine Profession — und überdies gibt im roten Lager momentan so ziemlich alles zur Kritik Anlaß. In Stuttgart kommt man aus dem „brüderlichen“ Krafcel, verbunden mit gelegentlichen Schlägereien nicht mehr heraus. Der eine Genosse sucht den anderen aus der Menschenverbrüderungspartei herauszuweisen, und nach der „Metallarbeiterzeitung“ sind dort die Ausschlußanträge „jeht so billig wie Brombeeren“. Und erst in Solingen! Da erklären die Genossen rund heraus: „Innerhalb der Partei kann man in Solingen schon lange kein Sozialdemokrat mehr sein. Man überläßt der Kamarilla die ganze Partei und die Beiträge dazu und bleibt den Versammlungen fern, um nicht ganz und gar an der Sozialdemokratie verzweifeln zu müssen.“ Drei sozialdemokratische Stadtverordnete in Höchstheim haben wegen der Haltung der roten „Arbeiterstimme“ und der Angriffe des Genossen Wittmann gegen den sozialdemokratischen Industriearbeiterverband ihren Austritt aus der Partei erklärt.

In Göttingen rast der rote See noch toller und will sein Opfer — Widmann — haben. Es ist zum Verzweifeln — selbst wenn man das Zeug zum roten Elbenvorfürer hat, wie Spartacus schimpft und Nörgler von Profession ist.

Da erschien die Jahresabrechnung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Spartacus atmet erleichtert auf. Ein Stein fällt ihm vom Herzen. Jetzt kann er nörgeln, ohne einen Hinweis auf die Partei oder gar ein paar parteigenössische Maulschellen zu riskieren. Sichtlich wurmt's den roten Elbenvorfürer, daß der christliche Metallarbeiterverband im Jahre 1911 wieder eine ansehnliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen hat. Die Steigerung unserer Mitgliederziffer um 27,47 Prozent beachtet ihm unterschämt — zumal der sozialdemokratische Metallarbeiterverband nur eine solche von 11,17 Prozent aufweist kann. Er nörgelt deshalb mit einem großen Aufwand von Wichtigkeit an unseren monatlich dem Reichsstatistischen Amt zur Veröffentlichung übergebenen Zahlen herum. „Die lassen sich jedoch mit allen Taschenrechnerrechnen nicht aus der Welt schaffen, weil sie auf Grund mannschöbaxer Unterlagen festgestellt sind. Doch Spartacus hat die Aufgabe, den christlichen Metallarbeiterverband möglichst klein zu „rechnen“. Und so meint er, daß 43,46 Beiträge pro Kopf und Jahr „keine gesunde Basis“ für eine mit Erwerbslosenunterstützung belastete Organisation seien. Wir zeigten schon im Vorjahre, daß es dann auch beim roten „Deutschen“ im 12. Jahre seines Bestehens mit der „gesunden Basis“ ganz verhältnismäßig schlecht bestellt gewesen sein müsse. Trotzdem der rote „Stenderverband“ nun in den letzten Jahren angeblich mit 48 Beiträgern pro Kopf und Jahr rechnet, ging er doch gerade in diesen Jahren finanziell den Krebsgang. Unsere Finanzen hingegen waren und sind in Ordnung. Also, Spartacus, über diesen Vers deiner Epistel lachen die Führer.

Unsere Mitglieder sind da — sie werden durch die bei uns übliche Vorkasseabrechnung alle einzeln erfasst. Wenn wir es noch nicht auf eine Beitragsleistung von 48 brachten, 14

liegt das in den Verhältnissen begründet. Als junge Organisation verfügen wir naturgemäß zunächst noch über geringere Stammtropfen. So betragen die Neuaufnahmen im Vergleich zur Mitgliederzahl am Anfang des Jahres 1911: in unserem Verband 70,59% u. im soziald. Verband nur 43,84%. Von den Neuaufnahmen verblieben unserem Verbande 38,92%, dem sozialdemokratischen nur 26,27%. Stellt man aber die Aufschritte in Beziehung zur Mitgliederzahl am Anfang des Jahres 1911, so betragen sie in unserem Verband 43,11% und im sozialdemokratischen 30,32%. Das wirkt natürlich auch auf die Beitragsquote ein.

Noch ein anderes hat Spartacus nicht in Rechnung gestellt. Der sozialdemokratische Verband hat das Gros seiner Mitglieder in einigen Großstädten beisammen: eine rücksichtslose Beitragskassierung und der strupellose rote Terror sorgen dort automatisch für eine reifliche Eintreibung der Beiträge. Mit solch' rücksichtslosem Terror wird natürlich bei uns nicht gearbeitet. Trotzdem nimmt unser Verband es an Leistungsfähigkeit mindestens mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband auf. Das merkt selbst Spartacus — samt den übrigen roten „Kritikern“ unserer Abrechnung. Erst „rechnen“ die roten „Gaulter“ unsere Mitgliederzahl herab, um sie bedeutungslos erscheinen zu lassen. — Die auf die wirkliche Mitgliederzahl berechnete Kopfquote unseres Verbandes beträgt, der Unterhaltungen zc. aber lassen sie ungeschoren. Warum? Nun, die Leistungen unseres Verbandes würden ja sonst noch höher erscheinen als unsere Angaben und die roten Leistungen und Kriegsschätze nähmen sich dagegen noch ärmtlicher aus. Note Gaulter!

Eines aber mögen unsere Mitglieder aus den roten „Kritikern“ lernen: Wir müssen überall auf eine bessere und vielschwerere Beitragsleistung drängen. Gutmütigkeit in diesem Punkte ist vollkommen unangebracht — sie wird schlecht gelohnt. Im übrigen aber beantworten wir das neidische Gestöhne der Spartacus und Genossen am besten durch unentwegte Weiterarbeit an der inneren Festigung und äußeren Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes.

**„Es ist gelogen“, „es ist gelogen“, „es ist gelogen“!**

So kommentiert die „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 17/1912 in ihrer Naivität die ihr angedennte Wahrheit über den Bergarbeiterstreik an der Ruhr und dessen Folgen. Sie druckt da ein von unserer Verwaltungsstelle Düsseldorf ausgehendes Birkular ab, in dem es u. a. heißt:

„Die Gewerkschaftssozialisten arbeiten mit Hochdruck, um durch Verleumdung das sozialdemokratische Bergarbeiterbrot für recht fertigen. Da sie dies nicht anders, als wie durch Lügen fertigbringen, so wählt man nicht viel in der Deutlichkeit, sondern im stillen, wie der Dieb in der Nacht gegen unsere Bewegung. Im Ruhrkohlengebiet dürfen sich indes die sozialdemokratischen Führer nicht mehr sehen lassen, da sie mit ihrer Organisation nicht imlande sind, die Kontraktbruchbäse den betrogenen Bergleuten zu erleben, viel weniger noch Unterstützung zahlen konnten. Daher sind die Bergleute mit Recht empört und erkennen, von was für gewissenlos Menschen sie herab sind. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hat daher Uebertritte aus jenen Organisationen zu verzeichnen, die 18, 20, 22 Jahre in feiten Reihen gestanden haben. Hier versucht man nun, den wilden Mann zu spielen, man hat uns den Kampf bis auf Messer angefündigt. Wir nehmen ihn auf, da wir in unserer Bewegung immer gegen Gemeinheit, Frechheit, Niedertracht und Verleumdung gekämpft haben. Zu uns fühlen wir wohl die Kraft zum Ringen. Dieser Kampf muß und wird durchgeföhrt werden, wenn unsere christliche Gewerkschaftsbewegung eine selbständige Organisation bleiben soll.“

Ob diesen tatsächlichen Feststellungen gerät nun die „Metallarbeiterzeitung“ bzw. ihr Wafschzettelverant vom roten Pressbüro in Düsseldorf aus Rand und Band. Wuschmauend leuchtet das gequälte Genoffenherz in die Welt hinaus: „Es ist gelogen, daß die sozialdemokratischen Führer sich im Ruhrgebiet nicht mehr sehen lassen können. Es ist gelogen, daß unsere Genossen wie Diebe in der Nacht wählen. Es ist gelogen, daß der Bergarbeiterverband, der nahezu 4 Millionen Mark Vermögen besitzt, keine Unterstützung zahlen konnte.“

Durch diesen Ausfall glaubt das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Tatsachen aus der Welt schwinden zu können. Tatsache ist und bleibt, daß die an erster Stelle verantwortlichen Arrangure des wahnwitzigen Teilstreiks an der Ruhr bei Abbruch des Kampfes den besseren Teil der Tapferkeit erwählten, d. h. sich „vorsichtig“ im Hintergrunde hielten. Wenn einzelne sich heute wieder in „öffentlichen Versammlungen“, „unerschütterliches Vertrauen“ aussprechen lassen, so beweist das nur, wie sehr sie einer Reparatur ihres arg verfaulenden und zerschundenen Renommces bedürfen, nur schade — daß man meist in diesen „öffentlichen Versammlungen“ Bergleute selbst mit der Laterne vergeblich sucht. So waren z. B. in der „großen öffentlichen Volksversammlung“ am 31. März in Hattingen — derselben, von der die „Metallarbeiterzeitung“ in Nr. 15 „berichtet“ und in Nr. 17 wieder auf Grund des § 11 des Preßgesetzes berichtigen mußte — von den angeblich dort vorhanden sein sollen den 2—3000 rot organisierten Bergleuten beinahe ganze 10 anwesend. Das „Vertrauensvotum“ ließ sich „Bergarbeiterführer“ Löffler dort beschaffen von ein paar Duzend roten Maurern, Metallarbeitern zc. ausstellen.

„Die meisten Leute seien die dummen Leute“, meinte Bebel einmal im Reichstage, und der Abgeordnete Kretsch antwortete ihm darauf prompt: „darum haben Sie so viele Wähler.“ Das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes scheint die Intelligenz seiner Leser auch nicht wesentlich höher einzuschätzen, wie diese beiden Parlamentarier. Es würde sich sonst wohl gehähet haben, die notorische Tatsache, daß die Genossen auch im stillen, wie der Dieb in der Nacht, gegen unsere Bewegung wählen, abzuleugnen. Das gleiche gilt auch für sein drittes „Es ist gelogen“. Denn daß der rote Bergarbeiterverband von seinen „nahezu 4 Millionen Mark Vermögen“ den betrogenen Bergleuten die über 5 Millionen Mark betragende Kontraktbruchbäse nicht einmal ersehen, geschweige denn noch Streikunterstützung zahlen kann, liegt klar auf der Hand. Selbst wenn sich heute oder morgen der durchgebrannte Hilfskassierer mit den 30000 Markeln wieder einstellen sollte, wird's schwerlich länger. „Spartacus“ kann ja schon mal nachrechnen — vielleicht findet er, daß der Schaden der von gemalten „Führern“ in die Tasche „Gewährten“ schon durch die Sammelgebühren gedeckt werden kann. Das Köstliche und Bezeichnendste an dem Geschreibsel in der „Metallarbeiterzeitung“ aber ist unkreitig Ueberdrehung und Einseitigkeit. Der aufreibende rote Strich in Solingen und Württemberg ist dem Artikelverfasser offensichtlich schwer auf die Herzen geschlagen. Er hörte etwas munkeln von „Führern“ in tausend Klängen“ und in seinen Fieberdelirien sieht er

die nun für 11 „Schwarze Bentrons-Metallarbeiterführer“ an. Er hörte etwas davon, daß sich an den Tagen vom 11. bis 14. März die Reichsstaatsbeamten der christlichen Arbeiterbewegung zusammenfanden — und gar in M.-Glabbach. Es handelte sich um eine Konferenz, die sich mit den durch die Reichsversicherungsordnung geschaffenen Neuerungen in der Versicherungsgefeßgebung befaßte und zu der die Einladungen schon seit mindestens 4 Wochen vorlagen, also zu einer Zeit, wo noch kein Mensch an einen Ruhrbergarbeiterstreik dachte. Noch in Nr. 9 des Bergknappen befindet sich ein Hinweis, daß an diesen Tagen die Reichsstaatsbureau des Gewerkschaftsbereichs geschlossen seien. Ein Beweis dafür, daß man selbst dort nicht annahm, daß die Genossen „Führer“ den wahn-sinnigen und verbrecherischen Kampf vom Baun brechen würden.) Aber wie gesagt, der Phantast in der „Metallarbeiterzeitung“ hörte etwas von „M.-Glabbach“ und „Konferenz“ und darob verfallt er in Halluzinationen und stöhnt: „Tagelang wurden dort Hunderte von Arbeitern aus dem ganzen Industriebezirk gedrückt, bis sie kapiert hatten, wie gut, wie schön und tapfer die braven Streikbrecher im Ruhrgebiet kämpften.“

Und nun sage einer, die Fabrikanten der parteiamtlich abgestempelten roten „öffentlichen Meinung“ hätten keine Phantastie! Allerdings ist's keine gesunde mehr, sondern eine durch „tausend Klängen“ ins Krankhafte gesteigerte. Das wird unsere Kollegen natürlich nicht hindern, den Christlichen und Unorganisierten auch weiterhin die Wahrheit zu sagen über den schmachvollen Arbeiterverrat der Sozialdemokratie im Ruhrrevier.

**Sozialdemokratische Machenschaften zur Maifeier.**

Wie im vergangenen, so wurde auch in diesem Jahre von den sozialdemokratischen Gewerkschaften in Flensburg eine Versammlung einberufen, um Stellung zur Maifeier zu nehmen. Den Verlauf der vorjährigen Versammlung und deren Folgen hatten wir damals (Nr. 20/1911) so eingehend beleuchtet, daß dies den roten „Auführern“ heuer noch auf dem Nerven zu liegen schien. Während man im vergangenen Jahre den Werftarbeitern absichtlich nicht mitteilte, daß eine Absimmung stattfinden würde, um diejenigen fern zu halten, die nicht feiern wollten, hatte man dieses Jahr ausdrücklich auf die Absimmung aufmerksam gemacht. Um aber trotzdem zum Ziele zu gelangen, wurden folgende Machenschaften ausgeführt, die ein Flensburger Kollege uns im Folgenden skizziert.

Am 8 1/2 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und ein Komitee gewählt. Zunächst ein 1. Vorsitzender; gewählt wurde Genosse R. Schmidt. Dieser hat nun um Vorschläge für einen 2. Vorsitzenden. Ich hörte verschiedene Namen nennen, der 1. Vorsitzende griff sich aber den ihm passenden heraus und frug kurzerhand: „Wer für den Genossen Ericksen ist, den bitte ich eine Hand zu erheben.“ Von den etwa 600 anwesenden Werftarbeitern hoben nur wenige eine Hand, jedoch wurde eine Gegenprobe nicht beliebt (!) — ebenso wurde die Wahl des Schriftführers gehandhabt. Nun kam die Verlesung der Tagesordnung; einer der Anwesenden bat um Wort zur Geschäftsordnung und führte aus, daß sein Vertrauensmann ihm in seiner Werkstelle erzählt habe, daß die Christlichen zu dieser Versammlung keinen Zutritt haben sollten, er bitte diesbezüglich um Aufklärung.

Der 1. Vorsitzende erwiderte hierauf, daß man in einer Versammlung der 21gliederigen Kommission darüber gesprochen, jedoch zu keinem Entschluß gekommen sei, er habe jedoch gehört, daß die Christlichen schon den Beschluß gefaßt hätten, den 1. Mai nicht zu feiern, und könnten sich die anwesenden Vertreter ja darüber äußern.

Ich antwortete darauf, daß wir zur Maifeier noch keine Stellung genommen und auch keinen Grund hätten, Stellung zu dieser Sache zu nehmen, da wir keiner Partei angehörten, die diese Frage auf ihrem Programm habe. Darauf forberte der 1. Vorsitzende die Mitglieder unseres Verbandes auf, den Saal zu verlassen, oder wir müßten versprechen, uns dem zu fassenden Versammlungsbeschlusse zu fügen. Ueberhaupt müßten wir so viel Anstandsgefühl gehabt haben und nicht erschienen sein. Ich erwiderte hierauf, daß man nicht so viel von Anstandsgefühl sprechen solle. Wenn aber eine öffentliche Werftarbeiterversammlung anberaumt sei, so hätten wir daselbe Recht hier zu erscheinen wie die übrigen Anwesenden. Einem etwaigen Versammlungsbeschlusse fügen wir uns jedoch nicht. — Darauf wurde abgestimmt, ob wir den Saal verlassen sollten, und dies wurde einstimmig angenommen. Wir verließen darauf den Saal.

Hier sieht man wieder die Machenschaften der sogenannten „freien“ Gewerkschaften. Erst wird eine „öffentliche Werftarbeiterversammlung“ bekannt gemacht und dann weisen sie denen die Tür, von denen sie wissen, daß sie gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai stimmen werden. Die Leute, die von christlichen Versammlungen hinter verschlossenen Türen reden, machen selbst ihre öffentlichen Versammlungen in brutalster Weise zu geheimen Konventikeln, damit der Wirrwarr der Ansichten im eigenen Lager nur ja nicht an die Öffentlichkeit kommt. Der Ausschluß der Öffentlichkeit war aber auch sehr nötig, denn wie jetzt bekannt wird, wurden dem 1. Vorsitzenden nicht zu wenig Grobheiten von seinen eigenen Genossen an den Kopf geschmissen, weil er im vergangenen Jahre für die Maifeier agitierte — und trotzdem selbst arbeitete. Ebenso ging es seinen gleichgearteten Genossen. Deshalb faßte die Versammlung auch mit bedeutender Majorität den Beschluß, dieses Jahr nicht zu feiern.

In Anbetracht dieser Vorgänge muß es allen Metallarbeitern klar werden, daß es für sie nur eine wirklich freie Organisation gibt, der christliche Metallarbeiterverband! Darum treu und fest zur Fahne gehalten und eifrig agitiert für unsere gute Sache. Vor allem aber hoch den Kopf und fest denen ins Auge geschaut, die solche Machenschaften hinter verschlossenen Türen treiben.

**Ruhrarbeiterstreik und sozialdemokratische Kritik.**

Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse hat sich über die schwere Niederlage im Ruhrgebiet mit einer Flut von Schimpfen und Schmähartikeln gegen die christlichen Gewerkschaften hinwegzusetzen versucht; von einer objektiven Würdigung der Bewegung und ihrer Begleitermeinungen vom gewerkschaftstaktischen Standpunkt aus keine Spur. Von den sozialdemokratischen Parteiorganen, dieser berufsmäßigen Heuschrecken, hat gewiß niemand etwas anderes vorausgesetzt. Daß aber auch die größeren sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter — wie „Correspondenzblatt“, „Grundstein“, „Solzarbeiterzeitung“, „Proletarier“ zc. — die sonst ein offenes Wort nicht scheuen, jetzt einseitig die Schimpfereien der Parteipresse kopieren und jeder ernsthaften Kritik der Ruhrbergarbeiterbewegung vom Gewerkschaftsstandpunkt aus dem Wege gehen, ist eine

Vogelstraußpolitik, die sich an den „freien“ Gewerkschaften selbst einmal bitter rächen muß. Bei dem Streik im Ruhrgebiet sind alle gewerkschaftlichen Regeln und Erfahrungsgrundsätze derart mißachtet worden, daß tatsächlich entweder Blindheit oder ein hohes Maß politischer Voreingenommenheit dazu geführt, eine solche Bewegung als Gewerkschaftler noch verteidigen zu wollen. Wer das fertig bringt, untergräbt die Grundlagen praktischer Gewerkschaftsarbeit, leistet einer gewerkschaftlichen Verwilderng Vorschub, die für die zukünftige Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung verhängnisvoll werden muß. Dieser Umstand soll aber unsere Kollegen um so mehr anspornen, an der weiteren Entfaltung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten; denn sie ist es einzig, die dem Mißbrauch gewerkschaftlichen Machtmittels zu politischen Zwecken im Dienste der Umsturzpartei erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen.

**Rundschau.**

Die Aufsichtsrats-Tantiemen unterliegen seit 1906 einer Steuer von 8%. Befreit sind lediglich die Bezüge von Gesellschaften, die der Gesamtzahl ihrer Aufsichtsräte nicht mehr als 5000 Mark bezahlen. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes liegen die Ergebnisse von fünf Rechnungsjahren vor. Aus den Steuererträgen kann man mit einiger Genauigkeit die Gewinnanteile der Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften berechnen. Der Umstand, daß die Gesellschaften mit 5000 Mark Vergütung steuerfrei bleiben, wird dadurch ausgeglichen, daß die Aufsichtsräte der G. m. b. H. der Steuer auch unterliegen. In den fünf Jahren betragen:

	die Tantiemensteuer	der Gewinnanteil der Aufsichtsräte
1907/08	4 211 400 M.	52 770 000 M.
1908/09	3 280 511 „	41 010 000 „
1909/10	4 743 673 „	59 300 000 „
1910/11	5 321 261 „	65 390 000 „
1911/12	5 720 000 „	71 500 000 „

Dazu bemerkt die Kölnische Volkszeitung u. a.: „Die Frage, wie sich die Bezüge der Aufsichtsräte zu den Gewinnen ihrer Gesellschaften und zu den an die Aktionäre ausgeschütteten Dividenden verhalten, läßt sich vorerst noch nicht genau beantworten, da bis jetzt erst drei Jahre, nämlich für 1907/08 bis 1909/10, amtliche Berechnungen über die Ertragsfähigkeit der Aktiengesellschaften vorliegen, die sich aber deshalb nicht vollständig mit den Erträgen der Steuer auf Gewinnanteile vergleichen lassen, weil das Rechnungsjahr vom 1. April bis 31. März läuft, jene amtliche Untersuchung aber die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni umfaßt. Die berücksichtigend, erhält man nachstehende Zusammenstellung:

	Gewinn	Dividende	Gewinnanteile der Aufsichtsräte bez der Gewinn	Dividende
1907/08	1351 Mill. M.	1023 Mill. M.	3,9	5,15
1908/09	1233 Mill. M.	960 Mill. M.	3,3	4,27
1909/10	1366 Mill. M.	1044 Mill. M.	4,4	6,17

Die Ergebnisse von drei Jahren genügen zwar nicht, um den Anteil der Aufsichtsräte am Gewinn und an der Ausschüttung derselben festzustellen; immerhin sieht man an den obigen Ziffern recht deutlich, daß die Gewinnanteile schneller steigen, als die Gewinne und die Dividenden. Man vergleiche nur das Jahr des Rückgangs 1908/09 mit dem im Zeichen des allmählichen Aufschwunges stehenden Jahre 1909/10. Im ersten bezogen die Aufsichtsräte nur 3,3, im zweiten bereits 4,4 Prozent vom Gewinn. Noch rascher, nämlich von 4,27 auf 6,17 Prozent, erhöhte sich das Verhältnis zu der Ausschüttung von Dividende. Allem Anschein nach war der Gewinnanteil in den beiden Jahren 1910/11 und 1911/12 noch erheblich größer; denn die versteuerten Gewinnanteile der Aufsichtsräte sind von 1908/09 auf 1911/12 um nicht weniger als 30,49 Mill. M., also um mehr als 73 Prozent, angewachsen.“ Auf jeden Fall sind die Tantiemen eine ganz bedeutende Belastung der Industrie.

Aus der Metallindustrie. Die Aktiengesellschaft Friedr. Krupp will im Essener Bezirk ein weiteres modernes Hüttenwerk errichten. Diese neue Anlage soll 35—40 Millionen Mark kosten, unmittelbar an den Rhein-Emskanal zu liegen kommen und in der Hauptsache Bleche herstellen. Die gleichwertige Friedrich-Alfredhütte derselben Firma in Rheinhausen produziert vornehmlich Schienen, Schwelken und Stabeisen. An einem neuen Panzerplatten-Werk in Kupland ist Krupp ebenfalls stark beteiligt. Wie die Kölnische Volkszeitung hört ist die Aktiengesellschaft Krupp einer der Hauptaktionäre des neuen russischen Unternehmens. Das Kruppische Grusonwerk in Magdeburg liefert zur Einrichtung des Walzwerks und die Essener Werke die Ofen. — Bei den deutschen Kadelwerken in Berlin beläuft sich der Rohgewinn auf 1 201 784 M., Unkosten, Steuern und Zinsen erforderten 579 267 M., Abschreibungen 116 316 M. Der Reingewinn beträgt 496 277 M., davon sollen 7 Prozent Dividende auf das auf 5 1/4 Mill. M. erhöhte Aktienkapital verteilt und 29 973 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

„Sich Berlin.“ Ueber die ermländische Präsidentskonferenz der katholischen Arbeitervereine (Berliner Richtung) lesen wir im Westpreussischen Volksblatt (Nr. 95/1912) unter anderem: „Im Namen einer Reihe von Vereinen wandte sich Propst Pingel (Marienburg) in scharfen Ausführungen gegen den Verband S.ich Berlin. Er gab zunächst einen Bericht über die geschichtliche Entwicklung und wies nach, daß der Verband S.ich Berlin mit gerabe nicht sehr lauten Mitteln vorgegangen sei, um die katholischen Arbeitervereine des Ermlandes für sich und seine Ideen zu gewinnen. Die Art und Weise der Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften, deren katholische Mitglieder von Führern des Verbandes immer wieder als nicht gut katholisch, ja sozialdemokratisch bezeichnet wurden, obwohl die höchsten kirchlichen Autoritäten erklärt hätten, daß beide gleichberechtigt und gleichwertig seien, hat bei vielen Vereinen große Mißstimmung hervorgerufen.“

Nachdem der Redner noch einige Dinge besprochen hätte, die lediglich die katholischen Vereine betreffen, fuhr er fort: „Aus allen diesen Gründen sehen sich die Arbeitervereine Marienburg, Gr.-Moula, Wernersdorf, Kunzendorf, Mielenz Königsdorf, Liegenhof, Tiegenhagen, Labesopp, Fürstenwerder, Schöneberg, Varenbt, Neukirch veranlaßt, den Antrag zu stellen: es möchten sich die Arbeitervereine Ermlands von dem Berliner Verbands trennen und einen eigenen Verband gründen.“ Weiter heißt es im Westpreussischen Volksblatt: „Im zweiten Teile der Versammlung erfolgte eine Besprechung des Verbandsorgans Der Arbeiter. Fast alle

Präsidenten waren darin einig, daß das Organ nur sehr wenig bringe, was die hiesigen Arbeiter belehren und interessieren könne. Es wurde gewünscht, an Stelle des Arbeiters als Organ den Volkstreuer (Beilage der Grunländischen Zeitung) auszubauen und als Organ einzuführen. Die ganze Versammlung legte Zeugnis davon ab, daß eine große Missstimmung in sehr vielen Vereinen gegen den Verband, Sib Berlin, vorhanden ist. Wie wir hören, wird eine ganze Reihe von Vereinen aus dem Berliner Verbands austreten und sich unter Wahrung ihrer Selbständigkeit dem Ostdeutschen Verbands anschließen.

Ueberhaupt scheint es bei Sib Berlin an manchen Stellen zu wackeln. Im Bericht des mitteldeutschen Sekretariates des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften heißt es nämlich:

„In eine weitere Fortwärtzentwicklung der Fachabteilungen ist nicht zu denken, in manchen Orten ist ihr Stillsitz befestigt. In Kofitz traten ca. 60 Facharbeiter zu den sozialdemokratischen Verbänden über. Die Facharbeiter, die die Fallsichtigkeit der „Berlinerer“ erkannt haben und ihr den Rücken kehren, finden kaum den Weg in die christliche Gewerkschaftsbewegung, denn die ist ihnen von Sib Berlin viel mehr wie die Sozialdemokratie verhasst und verfehlt worden.“

Und der sächsische Sekretär des Gesamtverbandes sagt: „Die „Berliner“ Fachabteilungen scheinen in Sachen am Anfang vom Ende zu stehen. Ganze Vereine lösen sich auf oder trennen sich von „Sib Berlin“. Sachsen hat nur knapp 7 Prozent Katholiken. Eine zahlenmäßige Bedeutung können da katholische Fachabteilungen niemals erlangen, und die katholischen Arbeiterkreise handeln klug, wenn sie sich mehr und mehr den christlichen Gewerkschaften zuwenden.“

Das sind so einige Zeichen der Zeit, die wir unseren Kollegen nicht vorenthalten wollten. Geben sie doch gegenwärtig die Sozialdemokraten mal wieder die erdenklichste Mühe, die christlichen Gewerkschaften herunterzureißen.

Die sozialdemokratische Jugendaktion ist jetzt vor der obersten Seite nicht zurück. So schrieb die rote Dortmunder Arbeiterzeitung in ihrer Nr. 75/1912 u. a. in einem Artikel „Unseren Schülern zum Gruß“:

„Donnernd flogen die Schulküren ins Schloß, als ihr zum letztmal der Zwang burg den Rücken kehret. Nach jahrelanger Kerkerhaft grüßt ihr das Licht und die Freiheit. Nie mehr legt ihr den Fuß auf die Stätte, die euch acht kostbare Jahre eures jungen Lebens raubte. Ihr wolltet Aufklärung über die tausend Fragen der Natur und des menschlichen Lebens, aber die Schule nimmte die euerer Sinne mit dem Modergeruch längst verunkelter Beiten. Die Schule suchte euer Auckgratz zu brechen und eueren Willen zu töten; sie zwang euch zum blinden Gehorsam und suchte euch zu Sklaven zu machen. Seht auf die hunderttausende fleißige Bergarbeiter des Ruhrkohlengebietes, die sich in heldenhaftem Kampfe gegen ihre Herren und Unterdrücker erhoben hatten, um ihnen etwas mehr Brot und etwas mehr Licht abzutropfen, die aber erfolglos den Kampf aufgeben und wieder in die grauenhaften Tiefen der Erde hinabsteigen mußten, weil sie von ihren eigenen Arbeitsbrüdem verraten wurden.“

So gehts durch den ganzen Artikel. Das Los der Arbeiterkinder wird in den schwärzesten Farben ausgemalt und zum Schluß für die rote Jugendorganisation Propaganda gemacht. Sie sei ein treuer Freund und Berater. Sie vermittele Bildung Wissen; sie Sorge für das geistige und körperliche Wohl. Angesichts der maßlosen Hege und strapellofen Agitationsarbeit, die seitens der Sozialdemokratie unter der Jugend betrieben wird, ist es dringend notwendig, daß wir noch mehr als bisher die Jugend für uns zu gewinnen suchen. Das von der Hauptgeschäftsstelle herausgegebene Agitationsmaterial wird allen Kollegen bei der Werbearbeit gute Dienste leisten.

Den Parken Mann spielt das Korrespondenzblatt der Sozialdemokratischen Generalkommission. In seiner Nr. 14/1912 polemisiert das Blatt in einem sehr langen Leitartikel gegen die christlichen Gewerkschaften. Dabei untersteht es sich zu behaupten, die sozialdemokratischen Gewerkschaften seien neutral oder was soll es anders heißen, wenn es da schreibt:

„Und es gibt keinen Fall, daß eine freie Gewerkschaft auf berechnete und opportune gewerkschaftliche Aktionen im Interesse der Partei verzichtet hätte. Eine solche Situation schließen die tatsächlichen Verhältnisse vollständig aus.“

Nun wollen wir das Korrespondenzblatt sich selbst widerlegen lassen. Als im vorigen Sommer sozialdemokratische Buchbrüderverbände im Berliner Zeitungsgewerbe den aufsehenerregenden Kontrakt- und Disziplinbruch begingen, wurde den anständigen Tarifstreikern von einem Teile der sozialdemokratischen Presse die Stange gehalten. Dabei kamen die verantwortlichen Gewerkschaftsinstanzen und das Tarifwesen arg unter die Räder. Statt die schweren Angriffe abzuwehren, was im Interesse der gewerkschaftlichen Arbeit unbedingt notwendig gewesen wäre, schwoig man. Wie sich näher infolge einer Substanzion herausstellte, war ein für die Öffentlichkeit bestimmter Protest der Generalkommission der freien Gewerkschaften durch den sozialdemokratischen Parteivorband unterdrückt worden. Und in einem schönen Augenblick hat das „Korrespondenzblatt“ (Nr. 34, 1911) dann nachher resigniert eingestanden:

„Es waren lediglich Gründe des Parteiinteresses, die von der Veröffentlichung abriet.“

Wer diese beiden Anklagen miteinander vergleicht, wird sehr schnell zu der Ueberzeugung kommen, daß: 1. Die freien Gewerkschaften sozialdemokratisch sind. 2. Von der Zuverlässigkeit des Hauptorgans der sozialdemokratischen Gewerkschaften wenig zu halten ist.

Parteiheute, späteste der „Vorwärts“ (Nr. 89/1912) die christlichen Gewerkschaften. In dem spaltenlangen Gellimatismas kommt er so hart mit der Wahrheit in Konflikt, daß einige Nichtigkeiten angebracht sind. Zunächst ist es eine journalistische Ungezogenheit, daß der Vorwärts, trotz wiederholter Klarstellungen, gegen den Abg. Hedemann-Bodum die Streikbrecher-Verleumdung wieder aufwärmt. Dann bestreitet der Vorwärts, daß die „freien“ Gewerkschaften keine Beamtenorganisation ist ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Parteiorganisation nicht nachweisen können. Dreißt behauptet er: „In den freien Gewerkschaften gibt es in Wirklichkeit nichtsozialdemokratische Funktionäre.“ Die Gewerkschaftssozialisten, die in dem Hauptorgan lesen, haben sicher gedacht: „Welcher Heil mag das nun wieder geschrieben haben?“ Denn es ist ganz augenscheinlich, daß sich ein Nichtsozialdemokrat als Beamter in den „freien“ Gewerkschaften halten kann. Der Vorwärts mag Namen nennen. Der letzte Nichtsozialdemokratische Beamte ist mit Thibaudier aus den „freien“ Gewerkschaften hinausgedrückt worden; selbst nichtbesoldete Funktionäre wurden wiederholt hinausgetrieben, wenn sie gegen den roten Stachel zu lären wagten. Bei Ausübung von Beamtenstellen wird die Parteizugehörigkeit als Bedingung gestellt. Und diese allgemein bekannten Tatsachen wagt das sozialdemokratische Parteiorgan abzuleugnen. Damit läßt sich die Tatsache niemals verbunkeln, daß die „freien“ Gewerkschaften nur noch Agitationsfilialen und Zutreiber der Sozialdemokratie, also Parteiknechte im schärfsten Sinne des Wortes sind.

Unbezahlte Streikbruchsulden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften der Schweiz haben genau dieselben Erziehungsresultate zu verzeichnen wie ihre Bruderverbände in Deutschland, nämlich daß der Streikbruch in ihren Reihen in üblicher Höhe steht. Im Organ der christlichen Gewerkschaften der Schweiz werden dem roten Holzarbeiterverband allein folgende Fälle aufgezählt:

„Der 16wöchentliche Streik der Bürstenmacher in Schlieren 1907 ging verloren durch Streikbrecher aus den Reihen des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes.“

Der siebenmonatliche Streik der Holzarbeiter in Bern 1908 ging verloren durch sozialdemokratische Streikbrecher.“

Vor dem Streik der Holzarbeiter in Luzern unterzeichneten 16 Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes bei der Firma Keller einen Meberz, in welchem sie sich verpflichteten, im Falle eines Streikes weiterzuarbeiten.

Der Streik der christlich-organisierten und sozialistisch-organisierten Holzarbeiter in Winterthur (1911) ging verloren durch die große Anzahl sozialistischer Streikbrecher.“

Bei der letztgenannten Bewegung trug sich, wie wir der „Monatsschrift für christliche Sozialreform“ entnehmen, (Verlag: Basel, Schweiz, Petersgasse 34) folgende ergögliche Geschichte zu. Auf Anregung des sozialdemokratischen Verbandes wurde zwischen diesem und der christlichen Organisation beim Beginn des Kampfes eine Vereinbarung getroffen, wonach sich beide Verbände unterschriftlich verpflichteten, für jedes zum Streikbrecher werdende Mitglied dem andern Kontrahenten 100 Francs Konventionalstrafe zu zahlen. Nach dem Kampfe schuldete der sozialdemokratische Verband auf Grund dieses Vertrages der christlichen Gewerkschaft die Summe von 1500 Fr., die vom Schuldner zwar anerkannt, aber bis heute noch nicht bezahlt worden ist. Zum Streikbruch also auch noch die Blamage unbezahlter Streikbruchsulden.

Einen neuen „proletarischen“ Verband haben die Sozialisten gegründet, nämlich einen „Arbeiter“-Stenographenbund. Dieser gab es schon sozialdemokratische Gellingschichtler, Schachspieler, Sänger, Turner, Radfahrer usw. Diese scheinbaren Verrücktheiten haben aber eine sehr große Bedeutung. Durch diese „barlosen“ Vereine kommt die Sozialdemokratie an die politisch und gewerkschaftlich indifferenten Volksschichten heran und gewinnt diese Arbeiter für ihre umstürzlerischen Zwecke. Darum ist es gut, daß wenigstens auf dem Gebiete des Radfahrensportes der Sozialdemokratie ein Gegengewicht geschaffen worden ist im deutschen Rad- und Motorfahrerverband „Concordia“. Dieser Verband konnte im Jahre 1911 neben vielen sonstigen Erfolgen einen steten Mitgliederzuwachs konstatieren. In wenigen Wochen des neuen Jahres war ein weiterer Zugang von ca. 1500 neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Der Grund für dieses erfreuliche Aufblühen ist die äußerst gute Rad-Unfall- und Haftpflichtversicherung der Concordia ferner die Gewährung von Rechtschutz und Rechtsauskunft, von Grenzarten für Rad- und Motorfahrer. Das reichhaltig ausgestattete Verbandsorgan wird den Bundesmitgliedern kostenlos zugestellt. Diese Vergünstigungen werden gewährt gegen den Beitrag von jährlich 2,60 M. Wegen Beitritt und Anschluß, sowie Gründung von Ortsvereinen, wende man sich an die Geschäftsstelle des deutschen Rad- und Motorfahrerverbandes Concordia in Bamberg, Langestraße 22.

### Streits und Lohnbewegungen.

**Nagen.** Einen schönen Erfolg hatten die Arbeiter der Firma Kumppe, Nadelfabrik, zu verzeichnen. Im vorigen Jahre wurden dort neue Maschinen (Böhmsche Patentmaschinen) eingeführt. Fünf Maschinen können von einem Arbeiter bedient werden. Es betrug die bisherige Höchstleistung der 5 Maschinen pro Tag bei 10 Stunden Arbeitszeit bis 200 000 Stück Nadeln. Bei Einstellung der Maschinen erhielt jeder Arbeiter 5 Mark festen Tagelohn. Für die Qualität der Nadeln war der Arbeiter nicht verantwortlich, weil dieselben unter der Aufsicht des Monteurs arbeiteten, welcher außer einem festen Lohn pro 100 000 Nadeln eine Prämie von 30 Pfg. erhielt. Als der Monteur abreiste und die Arbeiter selbstständig arbeiten mußten, wurde die Firma Kumppe ersucht, die Prämie den Arbeitern zukommen zu lassen, was die Firma glatt bewilligte. Dadurch wurde es den Arbeitern möglich die Woche 33-34 Mark zu verdienen. Die Firma verlangte nun, daß die Arbeiter vom 1. März ab in Akford arbeiten sollten. Die waren dazu bereit, konnten aber das Angebot der Firma, zuerst 2 Pfg. pro Tausend, dann 2,4 Pfg., nicht annehmen, weil sie bei letzterem Preise nur 27-28 Mark pro Woche verdienen konnten, also 6 Mark weniger wie bisher. Als eine Einigung nicht zu erzielen war, reichten die Arbeiter der Patentmaschinen, 5 an der Zahl, die Kündigung ein. Davon gehörten 4 Kollegen unserem und einer dem sozial. Verbände an. Verhandlungen während der Kündigungszeit blieben ohne Erfolg. Nach Ablauf derselben legten die Arbeiter die Arbeit nieder.

Am 3. April beschlossen die Arbeiter, welche dieselben Nadeln anfertigten wie auf den Patentmaschinen, die Arbeit zu verweigern, weil es Streikarbeit sei. Als nun die ersten in Frage kommenden Arbeiter sich weigerten, ließ Herr Kumppe den Betrieb stehen, worauf am 9. April auch die übrigen Arbeiter angepöbert wurden. Auf eine Anfrage der beiden in Betracht kommenden Organisationen, ob die Firma bereit sei, die Vertreter am 9. April nachmittags um 5 Uhr zu empfangen, erfolgte keine Antwort. Wohl aber wurden zwei Arbeiter der Patentmaschinen, welche unserem Verbände angehören, zu der Firma Kumppe, Nadelfabrik, bestellt, welche im Auftrage der Firma Kumppe mit den Arbeitern verhandelte.

Am 10. April kam nun folgende Vereinbarung zustande:

„Zwischen den Herren Johann Schöpe und Wilhelm König als Vertreter der Arbeiter der Firma Joh. E. u. W. Kumppe und Herrn Gustav Prinz, Vertreter des Inhabers der Firma J. E. u. W. Kumppe, Herrn Julius Kumppe, wurde heute folgendes vereinbart: Die Firma J. E. u. W. Kumppe in Nagen bewilligt den Arbeitern, welche die Böhmschen Maschinen bedienen folgende Löhne:

- 1) Einen festen Tagelohn von 5 Mark.
- 2) 30 Pfg. pro 100 Mille Nadeln bei einer Tagesherstellung von 1-200 Mille, 35 Pfg. pro 100 Mille bei einer Tagesherstellung von 201-249 Mille, 40 Pfg. pro 100

Mille Nadeln bei einer Tagesherstellung von 250 und mehr Mille.

Diese Löhne werden für fünf Jahre festgelegt. Die Lehrlinge erhalten für die ersten drei Monate einen Tagelohn von fünf Mark ohne Prämie.

(gez.) Königs, Frz. Schöpe. (gez.) Gustav Prinz.“ Für uns ist es von Bedeutung, daß die beiden Unterzeichneten Mitglieder unseres Verbandes sind. Bei diesen Abmachungen sind die Arbeiter in der Lage, noch mehr zu verdienen, wie bisher. Der Erfolg ist um so wichtiger, da die Arbeiter vollständig mit der Firma Kumppe Differenzen hatten; ferner auch, weil es die ersten schriftlichen Abmachungen sind, welche für die Nagerer Nadelindustrie getroffen wurden. Daran mögen die Nagerer Nadeln erkennen, daß auch für sie die Möglichkeit besteht, tarifliche Abmachungen zu treffen, um dem Nagerer eine sichere feste Einnahme zu sichern.

Darum, ihr Nagerer und Nagerinnen, wolt ihr eure wirtschaftliche Lage verbessern, so schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverbände an.

**Am.** Nach siebenwöchiger Dauer wurde am Montag den 22. April der Kampf bei der Firma Ed. Mayer u. Comp. beendet. Die Verhandlungen führten zu folgenden Vereinbarungen:

1. Maßregelungen finden nicht statt. Die Firma stellt vorläufig die (größtenteils bei der ersten Verhandlung schon angeführten) Arbeiter ein. Sind weitere Einstellungen nötig, so werden diese aus den Reihen der Streikenden entnommen. Eingestellte erhalten einen um 3 Pfg. höheren Lohn als sie bei der Arbeitsstellung hatten. Die am 12. Februar vorgenommenen Aufbesserungen werden eingerechnet.
2. Die Akorde werden einer Durchsicht unterzogen und in der Weise festgelegt, daß ein tüchtiger Arbeiter 20 bis 25 Proz. über seinen Stundenlohn verdienen kann.
3. Die Akorde werden mit Tinte oder Schreibmaschine in ein Verzeichnis eingetragen, das beim Betriebsleiter oder Meister aufsteht und von dem einzelnen Arbeiter jederzeit bezuglich des sie betreffenden Akordes eingesehen werden kann.
4. Der Akordpreis wird, soweit dies möglich ist, vor Uebernahme der Arbeit festgesetzt, dem Arbeiter schriftlich mitgeteilt, und voll ausbezahlt, sofern die Arbeit ordnungsgemäß ausgeführt ist.
5. Die Zulagen für Montagearbeiter bleiben wie bisher.
6. Die Firma wird die übrigen Beschwerdepunkte prüfen und nötigenfalls für Abhilfe besorgt sein.
7. Die seitens der Organisationen der Arbeiter verhängte Sperre wird aufgehoben.

Diese Vereinbarungen wurden von der Versammlung der Arbeiter einstimmig angenommen. Die Arbeiter sind mit dem Erreichten zufrieden. Sie haben gewünscht, daß es in ihm ungeheuer schwer ist, Verbesserungen durchzuführen. Nirgends sind in einer gleichgroßen Stadt die Verhältnisse so ungünstig gelagert wie hier. Der Zugang von außen, das ewige Kommen und Gehen ist für den Arbeiter sowohl wie auch für den Arbeitgeber schädlich. Die streikenden Kollegen haben sich tapfer gehalten, ihre Einigkeit wird auch in anderen Kreisen respektiert; das ist auch ein moralischer Erfolg, den die hiesige Arbeiterchaft jetzt durch die weitere Stärkung der Organisation ausnützen muß.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung zu senden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang in Düsselhof.

**Düsselhof.** Ueber die Formerei der Arnauten- und Maschinenfabrik Schwilke in Düsselhof-Mörtenbroich die Sperre verhängt.

**Siegen.** Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Verzinkerei in Gelsweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

**Frier.** Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrages sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner der Installationsbranche gesperrt. Zurückende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

**Gevelsberg.** Bei der Firma Wlth. Schmidt, Schloßfabrik und Tempergießerei stehen die Arbeiter im Streik.

**Frankfurt a. M.** In den hiesigen Aderwerken, ferner bei den Firmen Mayfarth u. Co., Frles u. Sohn, Portorny und Wittelnd stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Düsselhof-Grereshelm.** In der Drahtfließfabrik Dreher u. Sohn stehen die Arbeiter im Streik.

**Nagen.** Die Arbeiter der Firma Krasmer u. Freund (Feherrichter, Schleifer usw.) stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen im Streik.

**Nagen.** Die hiesigen Formere und Gießereiarbeiter stehen im Streik.

**Düsselhof-Grerendroich.** Ueber die Dreherel der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebsperre verhängt.

**Hannover.** In der Metallindustrie von Hannover und Umgebung ist eine Bewegung zwecks Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. Zurückende Kollegen haben sich deshalb vor Annahme von Arbeit im Büro, Kanonenwall 16, zu melden.

**Werbohl.** Ueber die Firma J. W. Dunter ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer stehen in Kündigung.

**Düsselhof.** Ueber die Maschinenfabrik Malmbeie ist die Sperre verhängt.

**Belbert.** Die Formere der Firma Tillmanns und Kellner haben die Kündigung eingereicht.

Zugang ist fernzuhalten.

### Belanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 5. Mai 1912 der neunzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Mai 1912 fällig.

Die Ortsverwaltungen Offenbach und Frankfurt a. M. erhalten ab 20. Beitragswoche l. J. die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. statt bisher 15 Pfg. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zu Folge.

Unser neues Flugblatt.

„Der Kampf im Ruhrgebiet und seine Lehren für die Metallarbeiter“, ist bis jetzt in einer Auflage von 400 000 Stück im Verbandsgebiet verbreitet worden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Pforzheim. Ueber den Kampf im Ruhrgebiet und die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Volkswirtschaft, sprach Kollege Kuhn hier selbst am 18. April vor einer ziemlich gut besuchten öffentlichen Versammlung.

Nachdem nun die Bewegung mit der vorausgesagten Niederlage beendet ist, müssen die Sozialdemokraten einen Preisgeben haben um ihre irreführenden Schlägen über die Privatität und Unfähigkeit der roten „Führer“ hinwegzutäuschen.

Best und geschlossen aber nicht die christlich organisierte Arbeiterbewegung hinter den christlichen Bergarbeitern, die den Mut hatten, alle magischen Beschwörungen der Gegner zum Trotz ruhig und sicher den geraden Weg im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung einzuhalten.

In der Diskussion verwarnte sich besonders Kollege Müller gegen die Vorwürfe der Sozialdemokraten, die christlichen Gewerkschaften wären Benützung oder gar katholische Gewerkschaften.

Die Vöhring sind hier im allgemeinen schlechte zu nennen. B. verlangt man von den Arbeitern an der Formmaschine 30-60 Sekun, weil sie...

Die Vöhring sind hier im allgemeinen schlechte zu nennen. B. verlangt man von den Arbeitern an der Formmaschine 30-60 Sekun, weil sie...

werde. Daß aber für diese Arbeit anderswo 5-7 Mark bezahlt wird und hier nur 2,80-3,- M., das wird wohlweislich verschwiegen.

Die Kernmacher haben ebenfalls schlechte Löhne. Ein 60jähriger Arbeiter verdient 2 Mark, trotzdem er noch Ueberarbeit leistet; bei den jüngeren sieht es nicht besser aus.

Nachdem hier Angeführten geht hervor, daß der Eisenformerberuf absolut das nicht ist, als was er in dem Kodexartikel von Arbeitgeberseite dargestellt wird.

Neuwied. Trotz der durch die Reichstagswahl etwas erschwertem Agitation gelang es uns, unsere Mitgliederzahl im ersten Quartal zu vervierfachen.

Udernaach. Bei der Firma Schmidt & Schmitz, Waffmaschinenfabrik hier selbst, waren schon in früheren Jahren Organisationsansätze vorhanden.

Udernaach. Bei der Firma Schmidt & Schmitz, Waffmaschinenfabrik hier selbst, waren schon in früheren Jahren Organisationsansätze vorhanden.

Niederreiffenberg l. T. Wie den Kollegen draußen bekannt sein dürfte, besteht hier mitten im Taunus seit etwa Jahresfrist eine Ortsgruppe unseres Verbandes.

Niederreiffenberg l. T. Wie den Kollegen draußen bekannt sein dürfte, besteht hier mitten im Taunus seit etwa Jahresfrist eine Ortsgruppe unseres Verbandes.

Einer der größeren Betriebe, die Firma W. Hendrich, ließ es allerdings zunächst darauf ankommen, bis die Arbeiterbewegung mit Forderungen an sie herantrat.

Einer der größeren Betriebe, die Firma W. Hendrich, ließ es allerdings zunächst darauf ankommen, bis die Arbeiterbewegung mit Forderungen an sie herantrat.

aber nun die Firma einseh, daß sie wegen des festen Zusammenhaltens der Kollegen auf direktem Wege nicht gegen den Verband vorgehen kann, wendeten nunmehr indirekte Mittel angewandt, das Ziel zu erreichen.

Die heute am 21. April 1912 tagende, stark besuchte öffentliche Versammlung von Arbeitern und Wägern der beiden Reiffenberg erklärt sich voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.

Einige Neuaufnahmen waren ein direkter Erfolg der Versammlung, wie auch der gute Geist, der dort herrschte, zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt.

Duisburg. Trotz des schönen Wetters war die Quartalsversammlung unserer Verwaltungsstelle, die am Sonntag den 21. April im Konfordiaaal in Ruhrort stattfand, gut besucht.

Die Voraussagen für eine günstige Entwicklung des Verbandes waren im Berichtsmonat nicht immer günstig. Im Januar nahm die Reichstagswahl das Interesse der Metallarbeiter in Anspruch.

Nachdem der Geschäftsführung Entlastung erteilt war, hielt Kollege Vitko einen instruktiven Vortrag über: „Die gegenwärtige Situation in der deutschen Arbeiterbewegung“.

Nachdem der Geschäftsführung Entlastung erteilt war, hielt Kollege Vitko einen instruktiven Vortrag über: „Die gegenwärtige Situation in der deutschen Arbeiterbewegung“.

Gewerkschaftsbewegung ins sozialistische Fahrwasser zu lenken und somit eine Einheitsbewegung unmöglich zu machen. Da sozialdemokratische Theorie und praktische Gewerkschaftsarbeit unvereinbar sind, erwachsen den freien Gewerkschaften aus der Unterordnung unter die sozialdemokratische Partei große Schwierigkeiten. In Fragen der Meißner, des Massenstreiks und der Jugendbewegung mußten sie sich den Parteinteressen unterordnen. Durch die Einwirkung der Partei auf die Gewerkschaftsmittelglieder im radikalen Sinne, und die Erweckung von Mißtrauen der Masse gegen die Führer wurde der Erfolg der Gewerkschaftsarbeit beeinträchtigt. Jede Stärkung der sozialdemokratischen Gewerkschaft bedeutet eine Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung. Eine radikalisierte Arbeiterkraft bedeutet auch eine Gefahr für die Entwicklung des Tarifwesens, weil die Voraussetzung desselben Bündnisfähigkeit der Kontrahenten ist. Ein weiterer Gradmesser für die Beurteilung der gegenwärtigen Situation ist die letzte Reichstagswahl. Sie bewies aufs neue, daß einerseits freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie eins, andererseits die christlichen Gewerkschaften der einzige Schutz gegen das Ausschließen der roten Flut sind. Die Sozialdemokratie kann am wirksamsten von den eigenen Standesgenossen auf der Arbeitstelle durch Aufklärung bekämpft werden. Die Versprechungen der Sozialdemokratie vor der Wahl stehen mit ihrem Taten in keinem Einklang, deshalb sehen sich die Genossen, um den Unwillen der enttäuschten Masse abzulenken, nach einem Prügelknaben um. Auch der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier läßt Schlüsse auf die gegenwärtige Situation zu. Das ganze Geschrei der Sozialdemokratie über die christlichen Gewerkschaften wegen ihrer Haltung bei diesem Kampfe ist lediglich ein Verlegenheitsproblett. Die christlichen Gewerkschaften haben die gewerkschaftlichen Grundzüge hochgehalten und ihren Gegnern zum Bewußtsein gebracht, daß sie nicht dazu da sind, jede Dummheit der Sozialdemokratie mitzumachen. Die Unwürde, die christlichen Gewerkschaften sind zu den Gelben gegangen, und „erhalten ihre Direktiven aus Rom“, wurden in das Reich der Fabel verwiesen. Der Beifall der Versammlung bewies, daß kein rotes Streikbruchgeschrei in der Lage sein wird, Uneinigkeit in die Reihen der christlichen Arbeiter zu tragen. Nach Aufstellung der Kandidaten für die Delegiertenwahl zur Verbandsgeneralsversammlung in Dortmund und Erledigung einiger Anträge, wurde die einstimmig verlaufene Versammlung nach einem begeisterten Schlußwort des Kollegen Keker geschlossen.

**Saarerevier.** Oftmals, sehr oft sogar, haben wir christliche Metallarbeiter an der Saar den Raum unseres Verbandsorgans in Anspruch genommen, um die wirtschaftlichen Verhältnisse im hiesigen Revier zu beleuchten. Hier schaffen Tausende und abermals Tausende von Metallarbeitern, sei es in den Werkstätten der Zechen, der Maschinenfabriken, des Kleinmetziers, oder in gefährlicher aufreibender Tätigkeit in den Hüttenwerken. Unsere Metallarbeiter tragen hier rechtlich dazu bei, Deutschlands Industrie weltberühmt zu machen. Nimmt man dieses Heer von Arbeitern auch den Platz ein, der ihm gebührt; achtet man hier auch überall den Menschen im Arbeiter; entspricht die Bezahlung immer der mühevollen Arbeit? Da müssen wir leider sagen: Nein! Nur zu oft läßt man den Arbeiter seine Abhängigkeit fühlen und unterdrückt alle Bestrebungen zur Besserung seiner Lage.

Wessen Schuld ist es aber, daß die Arbeiterkraft so zur Ohnmacht verurteilt wird? In der Hauptsache nur die Schuld der Kollegen selbst; diese unselbige Gleichgültigkeit, die so viele noch abhält, mit Hand anzulegen beim Aufwärtsstreben ihres Standes, mit einzutreten in eine Organisation, deren Ziel die ideale und materielle Hebung des sog. vierten Standes ist. Mit allen gesetzlichen Mitteln haben die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen versucht, die Lage der Arbeiter im Saarerevier zu verbessern. Durch unser Verbandsorgan, durch Versammlungen hat der Verband versucht, die Kollegen aufzuwecken und zu schulen, Mißstände zu beseitigen und dem Einzelnen, der ohnmächtig dahinsinkt, zu seinem Rechte zu verhelfen. Müht immer entsprach der Erfolg der aufgewandten Mühe. Durch allerhand, manchmal recht unfaire Mittel, suchte man den Arbeiter gegen seine Standesvertretung aufzuheben und mißtrauisch zu machen; daher sieht der größte Teil der Organisation noch völlig gleichgültig oder gar feindselig gegenüber — zum heimlichen Gaudium der Schafmacher, denen jede selbständige Betätigung ihrer Arbeiter ein Dorn im Auge ist. Dies mögen sich besonders unsere Hüttenarbeiter merken, denen immer die nur gemeinsamen Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bis zum Ueberdruß vorgezogen werden. Was diese Herren von zielbewusster Standesarbeit denken, verrät in Nr. 336 seiner „Südwestdeutschen Wirtschafts-Korrespondenz“ ihr Handelskammerpräsident Dr. Tille, der sogar die Standesarbeit evangelischer Arbeitervereine als „Mittel wie Diebstahl, Betrug, Raub und Erpreßung“ hinstellte, eine Unterstellung, welche die betreffenden Vereine energisch zurückgewiesen haben.

Ob die Werkvereine sind das Ideal dieser Arbeitgeber; durch diese glauben sie den Vorwärtsschritt der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung an der Saar aufhalten zu können. So wurde noch vor kurzem in Remlingen für das dortige Hüttenwerk ein gelber Arbeiterverein gegründet (siehe Verbandsorgan Nr. 14). Mit den Protestoren dieser famosen Gründung wird bei passender Gelegenheit ein anderes Wort gesprochen werden. Wir möchten vorläufig nur auf die Benützung hinweisen, die der liberale Arbeitgeber-Kommissionar Wang über die gelben Helmschilde ausgesprochen hat. Auch in Remlingen wird unser Verband weiter für die Arbeiter wirken, trotz aller gelben Nationen. Möge nur jeder Metallarbeiter die Zeichen der Zeit verstehen. Immer gewaltiger wächst die Macht in der Hand einzelner industrieller Arbeitgeber. Sorgen wir als Arbeiter, daß wir in unserer Organisation ein gesundes Gegengewicht haben.

Das Gesagte gilt auch für unsere Grubenhandwerker und Maschinenisten. Auch für diese Arbeiter hat der Verband weder Mühe noch Wehen gescheut, um ihre berechtigten Wünsche vor der Öffentlichkeit und dem Parlament zu vertreten. Und das können wir ruhig behaupten, mit Erfolg. Ohne das vom christlichen Metallarbeiter zusammengestellte Material wären die Abgeordneten nicht in der Lage gewesen, mit einwandfreiem Material die Wünsche der Arbeiter dieser Betriebe zu vertreten. Bis jetzt hatte man Grubenhandwerker und Maschinenisten noch nicht in der Öffentlichkeit gekannt, viel weniger ihre Belangen berücksichtigt. Aber auch hier gibt es noch eine Menge Kollegen, die der Organisation fernstehen, die talentlos zwischen, wie die aufrechten Kollegen arbeiten. Grubenbesitzer sind die Gründe, mit denen sie ihr Fernbleiben entschuldigen. Dem einen sind die Beiträge zu hoch, der

andere sagt: „wenn sie alle kommen, dann solls an mir nicht fehlen“, der Dritte endlich kommt mit der faden Einrede: „es hat doch keinen Wert“. Ein Punkt über solche Nachholer, die gerne auf Kosten anderer im Erdenfischen möchten. Wie viele Groschen werden beim Alkohol in Klümpchenreihen verschleudert. Ist es eines Mannes würdig, auf den Beifall der andern zu warten? Selbst ist der Mann! Nur der Feigling hinkt nach.

Diesemigen, die den Wert der gewerkschaftlichen Arbeit leugnen, haben gewöhnlich den schmächtlichen Hintergedanken, vom Erfolg der mühevollen Arbeit anderer mit zu schmökern. Kollegen! wollt ihr euch zu diesen traurigen Elementen zählen, oder wollt ihr mit Hand anlegen und den uns zusehenden Platz an der Sonne mit erobern helfen? Für einen ehrlichen, aufrechten Arbeiter ist die Wahl nicht schwer.

Kollegen, der erste Schritt zur Besserung unserer Lage ist getan. Es ist Pflicht aller Organisierten, diese günstige Lage auszunutzen. Vorse vor allen Dingen jeder Grubenhandwerker und Maschinenist sein Verbandsorgan; hier findet er die Waffen, die er braucht, die Einwände der Gegner zu widerlegen. Verachte es ein jeder als seine Ehrenpflicht, an der Stärkung unseres Verbandes mitzuarbeiten. Nur dadurch ist es uns möglich, bleibende Erfolge zu erzielen. Weg mit Egoismus und Herabwürdigung; nur der christliche Metallarbeiterverband ist unsere Interessenvertretung.

**Soziales.**

**Das Heilverfahren in der Reichsversicherungsordnung.**

Das Reichsversicherungsamt ist seit Jahren bemüht, auf eine erfolgreiche Gestaltung des Heilverfahrens in den ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall hinzuwirken. Nicht Gelbunterstützung der Verletzten sei die Hauptaufgabe der Berufsgenossenschaften, sondern Wiederherstellung der verlorenen Leistungsfähigkeit. Zu diesem Zweck hat der Präsident des Reichsversicherungsamts in einem Rundschreiben an die Berufsgenossenschaften Leitsätze ausgegeben, die in wiederholten eingehenden Verhandlungen des Reichsversicherungsamts mit Vertretern der Berufsgenossenschaften, der Versicherten und der Ärzte festgestellt worden sind.

Die Leitsätze für das Heilverfahren lauten in ihren wesentlichen Zügen: Im Interesse der Unfallverletzten und der Berufsgenossenschaften muß schon in den ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall, alles Geeignete veranlaßt werden, um den Eintritt einer wesentlichen Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit über die dreizehnte Woche hinaus zu verhindern oder wenigstens die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit auf das geringste Maß zurückzuführen. Hierzu ist erforderlich, daß ein nicht nur auf anatomische Heilung, sondern auch auf Wiederherstellung der Gebrauchsfähigkeit des Körpers gerichtetes Heilverfahren rechtzeitig angewendet wird. Die Fürsorge für das Heilverfahren in der Wartezeit ist unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der einzelnen Berufsgenossenschaften zu treffen. Die Berufsgenossenschaft hat sich, nachdem sie von dem Unfälle Kenntnis erhalten, unverzüglich davon zu überzeugen, ob ein entsprechendes Heilverfahren durch die Krankenkasse eingeleitet ist. Andernfalls soll sie selbst alsbald ein möglichst wirksames Heilverfahren einleiten. Vorher soll sie tunlichst, insbesondere soweit es ohne Nachteil für den Verletzten möglich ist, dem behandelnden Arzte Gelegenheit zur Meinung gebend geben. Schon der erste, meist für den weiteren Verlauf entscheidende ärztliche Eingriff (Einrenkung, Amputation, Resektion usw.) soll möglichst durch den Facharzt (in der Heilanstalt) erfolgen. Nur im Notfall ist er dem Arzte, welcher die erste Hilfe leistet, zu überlassen. Bei Inanspruchnahme aller zur Verfügung stehenden Hilfsmittel, Eisenbahnsonderabteil für den Verletzten und seine Begleiter; sachverständige Begleitung; Ruhigstellung der verletzten Körperteile durch großen, dem Kassenarzt angemessen zu vergütenden Ueberführungsgepäckverband; Benutzung der Einrichtung für erste Hilfe ist die Ueberführung fast immer sofort ausführbar. Auch wenn die Krankenkasse ein einwandfreies Heilverfahren eingeleitet hat, empfiehlt es sich wegen der Möglichkeit nachteiliger Zwischenfälle, das Heilverfahren zu überwachen. Längstens sechs Wochen nach dem Unfall ist festzustellen, ob die Wiederherstellung erfolgt und das Heilverfahren beendet ist. Ist dies nicht der Fall, so ist anzuführen, worin das Heilverfahren besteht, wie lange es voraussichtlich noch dauern wird und gegebenenfalls welche Verletzungen noch vorliegen. Auf Grund dieser Feststellungen ist über das weitere Heilverfahren, tunlichst nach Anhörung eines ärztlichen Beraters, zu beschließen. Krankheitsberichte oder sonstige ärztliche Auskünfte sollen in der Regel einem ärztlichen Berater zur Lenkung vorgelegt werden. Dieser hat gegebenenfalls sofort oder später die Stellung weiterer Fragen an den behandelnden Arzt, Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen, Buziehung eines zweiten Arztes oder Untersuchung durch einen Facharzt, die Ueberweisung in eine Fachheilstalt oder sonstige Maßnahmen vorzuschlagen.

**Sterbetafel.**

- Rürnberg.** Am 25. April starb unser treuer Kollege Friedrich Wagner, Slanger, nach kurzer Krankheit im Alter von 35 Jahren.
- Frankfurt a. M.** Am 13. April starb unser Kollege Nikolaus Lottermann im Alter von 44 Jahren an Lungenkrankheit.
- Osnabrück.** Am 11. April starb unser Kollege Aug. Schwerfeger im Alter von 44 Jahren infolge eines Herzleidens.

Ehre ihrem Andenken!

**Versammlungskalender.**

- Samstag, den 4. Mai.**  
 Berlin-Moabit bei Waberst, Bogenschießplatz 98.  
 Dortmund-Soede. Abends 8.15 Uhr bei Stolze.  
 Dortmund 1. Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus.  
 Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Weimarer Hof.  
 Essen-Steele-Krah. Abends 8.30 Uhr im Kranz bei Freitag.  
 Essen, Ost- und Waagenschmiede. Abends 9 Uhr bei Mosen, Alfredplatz, öffentliche Versammlung.  
 Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Ganterbräu, Schiffstr. 7.  
 Kiel. Abends 8.30 Uhr im „Schleswig-Holsteinischen Haus“, Großer Angberg 42.  
 Köln. Abends 8.30 Uhr bei S. Diemer.  
 Mainz. Abends 8.30 Uhr Generatvers. bei Weedel, Karmeliterstr. 13.  
 T. D.: Delegiertenwahl zum Verbandstage u. Verbandsberichterstattung.  
 Nürnberg. Abends 8.15 Uhr im Gesellschaftshaus, Zalkhofstraße 7.  
 Osthelm. Abends 9 Uhr im Lokale Schmitz, Frankfurterstraße.  
 Oelde. Abends 8.30 Uhr bei Sommer.  
 Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.  
 Westerbauer. Abends 8.30 Uhr bei Müschenborn.
- Sonntag, den 5. Mai.**  
 Altenhagen. Vorm. 11 Uhr bei Eichenhaus.  
 Bielefeld. Versammlung im „Kranz“.  
 Berlin. Vorm. 11 Uhr bei E. B. Schürke, am Markt.  
 Berlin-Jugendklasse. Nachm. 3 Uhr im Deutschen Gärtnerheim, Straucherstr. 68.  
 Bonn. Vorm. 10 Uhr bei Strig, Wilsenerstraße.  
 Breda. Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Uhlstraße 8.  
 Dg.-Lanz. Vorm. 11.30 Uhr bei Janßen.  
 Dortmund-Lilien. Vorm. 11 Uhr bei Wöllmann.  
 Dortmund-Derne. Vorm. 11 Uhr bei Wreie.  
 Dortmund-Harop. Vorm. 11 Uhr bei Wwe. Schüttler.  
 Dortmund-Werne. Nachm. 5 Uhr bei Tellenborg.  
 Dortmund-Waltrop. Vorm. 11 Uhr bei Schwerdtling.  
 Duisburg-Verwaltungsstelle. Delegiertenwahlen zum Verbandstage finden statt: morgens von 11-1 Uhr bei Wlehen, Bahnhofsstr.; in Wauheimort morgens von 11.30-1 Uhr bei Kallise, Hildesstr.; in Reudorf morgens von 11-1 Uhr bei Gaverkamp, Ecke Kammer und Blumenstraße; in Laat morgens von 11-1 Uhr bei Janßen, Kaiserstr.; in Reck morgens von 11-1 Uhr bei Nummer, Kassestr.; in Weidewich morgens von 11-1 Uhr bei Gortkamp, Gartrahdenstr.; in Hamborn mittags von 2.30-5 Uhr bei Freunblich, am Neumarkt; in Rheinhausen morgens von 11-1 Uhr bei Reih, Bahnhofsstr.; in Großenbaum morgens von 11-1 Uhr bei Cremerhus, am Bahnhof; in Herbrügen morgens von 11-1 Uhr bei Schmitz, „Zum Parkamelt“, und in Kanten morgens von 11-1 Uhr bei Nombag, am Markt.  
 Düren. Vorm. 10.30 Delegiertenwahl bei Gaden in Renberdorf, Legitimation Mitgliedsbuch.  
 Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 10.30 Uhr im großen Saale des Parkhauses, Luftschiffplatz 33-35, öffentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle und Wahl der Delegierten zum Verbandstage. Gleichzeitig findet die Wahl der Delegierten auch in der einzelnen Bezirken der Verwaltungsstelle statt. Das Verbandsmitgliedbuch dient als Legitimation.  
 Gmünd. Vorm. 11 Uhr bei Burgard.  
 Offen-Ortsverwaltung. Delegiertenwahl von 10-2 Uhr vorm. bei West Altdorferstraße 299, Postleier Frohnhauserstraße, Bucher Hobelwerkstraße, Wälney Mittenhieserstraße 143, Molen Alfredplatz, Kangerberg Freiheitsstraße, Effer Hammerstraße, in Berge-Worbe bei Weisloff, Worbe bei Wöllhoff, Mellinghausen bei Schwoer, Werden bei Pattberg, Nettwig bei Buchmüller, Steele-Kranz in Steele bei Seebou, außerdem noch im Alfredshaus, Frohnhauserstraße 19.  
 Offen-Vortov. Nachm. 3.30 Uhr bei Frogenmann, Delegiertenwahl.  
 Offen-Nettwig. Vorm. 11 Uhr bei Buchmüller.  
 Offen-Karun. Nachm. 4.30 Uhr im Hort-Wiescher bei Th. Gollmann, Delegiertenwahl.  
 Offen-Jugendklasse der Sektionen Frohnhausen und Solkerhausen. Nachm. 4 Uhr im „Bürgerheim“, Gobelstraße.  
 Offen-Werder-Jugendklasse. Nachm. 2 Uhr bei Pattberg, Stef. Siemens-Gasse.  
 Ehlingen. Vorm. 10.30 Uhr in der alten Arzene. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung in Dortmund.  
 Gassen-Ortsverwaltung. Vorm. 11-1 Uhr in den Vereinstätten der einzelnen Sektionen. Wahl der Delegierten für die Generalversammlung des Verbandes in Dortmund.  
 Halle a. S. Nachm. 3.30 Uhr bei Schott, T. D. Verbandsstag.  
 Hantorn. Nachm. 2.30 Uhr bei Freunblich am Neumarkt in Warkel.  
 Karlsruhe. Vorm. 11 Uhr Verbands- und Vereinstag. Sitzung im Palmgarten. Abrechnung mit dem Ortsleiter.  
 Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Gütgeberg, Breuerstraße 14.  
 Köln-Vingst. Morgens 11 Uhr bei Köpfersend, Strandenerstr. 2.  
 Köln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Köpfersend, Hauptstraße 8.  
 Süldehild. Morgens punkt 10 Uhr bei E. Diemer, außerordentl. Generalversammlung, danach Delegiertenwahl.  
 Mülheim. Nachm. 4 Uhr bei Hartmann.  
 Mülheim-Rhein-Stadt. Morgens 11 Uhr bei Rehholz mit Delegiertenwahl.  
 Mülheim-Ruchheim. Abends 8 Uhr bei Groß mit Delegiertenwahl.  
 Mülheim-Solweide. Abends 8 Uhr bei Groß mit Delegiertenwahl.  
 Mülheim-Weiden. Morgens 11 Uhr bei Krichthagen mit Delegiertenwahl.  
 Mülheim-Werheim. Morgens 10.30 Uhr bei Schuhmacher mit Delegiertenwahl.  
 Mülheim-W. Gladbach. 11 Uhr bei Meyer mit Delegiertenwahl.  
 Mülheim-Waffarth. Versammlung und Wahlstelle 11 Uhr bei Meyer, W. Gladbach.  
 Mülheim-Stammheim. Abends 6 Uhr bei Förster m. Delegiertenwahl.  
 Mülheim-Dünwald. Morgens 11 „Meyer“.  
 Mülheim-Schramm. Vorm. 11 Uhr bei Sandhildt, Soltenstr. 1.  
 Mülheim-Strum. Vorm. 11 Uhr bei Best, Mülheimerstr.  
 Mülheim-Nuhr. Vorm. 11 Uhr bei Luder, am Frohheimweg.  
 Mülheim-Siechen. Vorm. 11 Uhr bei Schahoff.  
 Mülheim-Dorhanien. Nachm. 4 Uhr bei Reumerring.  
 Mülheim-Obnslaken. Vorm. 10 Uhr bei Westmann.  
 Neuwied. Nachm. 2 Uhr beginnend Gewerkschaftsfest in Gladbach bezu. Schauffershaus.  
 Oer. Abends 8 Uhr bei S. Bock. Quartalsbericht, Delegiertenwahl zum Verbandstage, Bericht von der Bezirkskonferenz.  
 Olbe. Nachm. 4 Uhr öffentl. Metallarbeiterversammlung bei St. Mettger, Stef.: Kollege Schmitz-Köln. Nach der Verh. Wahl der Delegierten zum Verbandstage; Mitgliedsbuch mitbringen.  
 Osberg. Nachm. 4.30 Uhr im Versammlungslokal zu Osberg.  
 Siegen-Niederhelden. Nachm. 5-8 Uhr Delegiertenwahl im Vereinstotal Reher, Charlottenstr. Mitgliedsbuch mitbringen.  
 Solingen-Gaan. Mittags 11-12.30 Uhr Delegiertenwahl bei Kratz Schalkmühle. Nachm. 6 Uhr bei Webber. (punkt)  
 Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Wieje, Bahnhofsstr.  
 Trier. Vorm. 11 Uhr bei Strögen, an der Meerfaterstraße.  
 Weiel. Nachm. 4 Uhr bei Kehler.  
 Wallau. Nachm. 3.30 Uhr bei S. Genel 14. Delegiertenwahl und Besprechung eines Antrages.
- Montag, den 6. Mai.**  
 Offen-Ortsverwaltung. Delegiertenwahl für die Nachtschicht 2. nachm. 5-7 Uhr bei Wink, Altdorferstraße 299 und „Alfredshaus“, Frohnhauserstraße.  
 Essen, Altbauer des Kreisgewerbes. Abends 8.30 Uhr „Alfredshaus“, Frohnhauserstraße 19.
- Samstag, den 11. Mai.**  
 Berlin-Florden. Abends 8.30 Uhr bei Zehle, Guffenstr. 45.  
 Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Laßstraße.  
 Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.  
 Köln-Ehrenfeld. Abends 9 Uhr bei Norddörfer, Kehlerstraße.  
 Köln-Findthal. Abends 9 Uhr bei Sadelser, Bademerstraße 129.  
 Köln-Pundsthal-Altonie. Abends 9 Uhr bei Guch, Walfstraße.  
 München. Abends 8 Uhr im Lokale „Despoldplatz“, Senefelderstr. 11.  
 Solingen-Gaan. Abends 8.30 Uhr bei Krahnstufel.  
 Stuttgart-Buffenhäuser. Abends 8.30 Uhr in der „Tranbe“, Köhlstraße. Jeden 2. Samstag im Monat.
- Sonntag, den 12. Mai.**  
 Gagen-Althalt. Morgens punkt 11 Uhr bei Gieshoff.  
 Köln-Eilz. Morgens 11 Uhr bei Breuer, Berrenratherstraße 18.  
 Weidenich. Morgens 11 Uhr bei Diebler.  
 Sieburg. Morgens 11 Uhr in Memorien, Kronprinzenstraße.  
 Somboden. Nachm. 2.30 Uhr Versammlung.  
 Straubing. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“.  
 Strib. Morgens 11 Uhr bei Offer.  
 Wetter. Morgens punkt 11 Uhr im kath. Vereinsthaus.